

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

27 (1.2.1934) Zweites Blatt

Göbbels über das Jahr der deutschen Revolution

Berlin, 31. Jan. In seiner großen Rede im Sportpalast zum Jahrestag der Machtergreifung führte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göbbels, u. a. folgenden aus:
In jener wunderbaren Nacht zum 31. Januar 1933 jagte ich in einer kurzen Schlussansprache man könne jetzt mit Recht sagen: Das deutsche Volk ist im Erwachen. Was wir damals noch nicht recht glauben wollten, ist Wahrheit geworden: Das deutsche Volk ist erwacht! Hinter den Führer hat sich die geschlossene Nation gestellt. Manahmal möchte ich meinen, daß nicht ein Jahr sondern Jahrzehnte seit der Machtergreifung hinter uns liegen. Jeder Tag hat neue Ereignisse, Umwälzungen und Geheiß und organisatorische Maßnahmen gebracht. Aber an der nötigen Abklärung vor den großen Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung habe es vor allem die letzten Jahre, die sich heute nicht genug tun können in der Verherrlichung des Nationalsozialismus. Diese Menschen wissen gar nicht, daß alles nicht von ungefähr gekommen ist, sondern das Ergebnis einer 14jährigen mühevollen Arbeit war.

Was das hinter uns liegende Jahr für Deutschland bedeutet, kann man nur recht ermessen, wenn man den Zustand des Reiches vom Januar 1933 mit dem vom Januar 1934 vergleicht. Was fanden wir vor? Die letzten Verträge einer Lösung der Krise durch reaktionäre bürgerliche Kreise waren gescheitert. Wie stand es damals in Deutschland? Die öffentliche Meinung wurde nur von Juden gemacht. Berlin war nicht mehr eine deutsche Stadt. Wir haben uns als Deutsche in dieser Stadt schon vollkommen verlassen gefühlt, hatten den Eindruck, daß sie überhaupt nicht mehr zu uns gehörte. Alles war jüdisch. Jüdisch die Kongerte, die Theater, jüdisch die Zeitungen und wer kein jüdisches Buch las, galt als ungebildet. Alles das, was sich damals in Berlin zeigte, präsentierte sich vor der Welt als „deutscher Geist“.

Niemand wird den Verlust dieser Art von Geistigkeit schmerzhaft empfinden und wir bedauern nur die Völker, die sich mit diesem Unrat befaßt haben. (Stürmischer Beifall.)

Die innerpolitische Lage war entsprechend. Von einem Reich konnte keine Rede sein. Der Reichsgewalt war ein wohl vorbereitete Fronte der Länder gegenübergestellt. Die bayerische Zentrumspartei drohte sogar mit Abfall, wenn man Hitler mit der Macht betraute. Aber das Volk stand dank unserer jahrelangen Arbeit in jener Zeit der Feigheit und der Mutlosigkeit hinter uns, und es lag auch bei uns die einzige Möglichkeit, den Volkshemismus zu überwinden.

Und wie war die Lage außenpolitisch? Mit allen Ländern lagen wir in Feindschaft. Wir waren ein Volk ohne Waffen und Willen. Ausgeliefert der Willkür und dem Diktat der Gegner. Heute ist das deutsche Volk ein anderes geworden. Wir haben uns am 30. Januar an die Arbeit gemacht, und ich glaube, wir brauchen uns heute nicht dieser Arbeit zu schämen. (Starker, bewundernder Beifall.)

Wir glauben, keineswegs genug getan zu haben, sondern werden nicht ruhen und rasten, bis die Arbeitslosigkeit beseitigt und es in Deutschland niemanden mehr gibt, der einer sozialen Hilfe bedürftig erscheint, sondern alle Menschen sich durch eigene Arbeit ihr Brot verdienen können.

Reichsminister Dr. Göbbels gab dann einen großen Ueberblick über das, was die Reichsregierung im vergangenen Jahr im einzelnen geleistet hat.

Innerpolitisch, so fuhr Dr. Göbbels fort, steht das Reich in unerwarteter Autorität da. Am Dienstag nachmittags erst hat der Reichstag ein Gesetz von weitestgehender Bedeutung angenommen, wonach von jetzt ab für alle Zeiten die Länderparlamente aufgelöst werden, die Länderregierungen der Reichsregierung untergeordnet werden. Die Reichsstatthalter unter der Dienstaufsicht des Reichsinnenministers stehen und die Regierung das Recht hat, von nun an ohne Befragung des Reichstages die Verfassung umzuändern. (Minutenlanges stürmisches Beifall.)

Unsere Regierung ist nun nicht etwa eine Diktatur, sondern sie ist die edelste Form von Demokratie. (Zustimmung.) Kein Staat in Europa kann sich so auf das Volk berufen wie wir.

Wir haben ferner eine Einheit zwischen Partei und Staat vollzogen. Das soll nicht heißen, daß jeder in der Partei sein muß. Jeder soll nationalsozialistisch denken, empfinden und handeln. Aber er braucht nicht Parteigenosse zu sein. Genau so wie nicht jeder, der in's Theater geht, auf der Bühne mitzuspielen hat. (Geisterstille.)

Außenpolitisch standen wir vor einem Abgrund, den vielleicht eine spätere Geschichtsschreibung mit Schauern schildern wird. Der Reichsminister erwähnte den jenen mit Polen abgeschlossenen Verständigungspakt, eine Tat, die man vor einem Jahr noch für unmöglich hielt. Er erklärte mit aller Deutlichkeit, wir lassen von unserer Forderung nach Gleichberechtigung nicht ab. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen keinen Krieg, aber auch keinen Vertrag, der unsere Ehre schändet. Wir gehen nicht wieder nach Genf, es sei denn, man nimmt uns als absolut gleichberechtigte Partner auf. Wir haben zwar keine Waffen, aber einen geschlossenen Willen, mit dem wir uns auch in der Welt durchsetzen werden.

Dr. Göbbels gab dann einen Blick in die Zukunft. Wir werden im Sommer weitere zwei Millionen Arbeitslose unterdrücken. Wir werden die große ständische Gliederung unseres Volkes mehr und mehr ihrer Forderung zuführen. Das kulturelle Leben werden wir durch die Freiheit des Schaffens befruchten. Die straffe Zentralgewalt wird das Problem der Neugliederung des Reiches weiterbetreiben, so daß wir am Ende in Deutschland so, wie wir ein einheitliches Volk haben, auch nur noch ein einheitliches Reich haben. Ein drittes innerpolitisches Problem ist die noch innigere Verklammerung von Partei und Staat. Wir werden auch mit den großen außenpolitischen Problemen fertig werden, nämlich den Frieden Europas zu garantieren und Deutschland seine Gleichberechtigung und den ihm gebührenden Platz an der Sonne zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Reichsminister Dr. Göbbels richtete dann seine Worte an gewisse innere Feinde in Deutschland. Er führte u. a. aus: Wenn sich heute in der Wirtschaft „im Namen des Führers“ liberalistische Gedankengänge ausbreiten zu können glauben, sagen wir: Alles sei erlaubt, nur nicht: den Namen des Führers zu Unrecht im Munde zu führen. Mit Wirtschaftsfrieden ist nicht gesagt, daß in der Wirtschaft nichts geändert werden soll. Das soll nur nicht von der Straße her geschehen, sondern das machen wir und zwar radikal. Die kapitalistisch-liberalistischen Kapitalböden seien überzogen, daß wir ihnen den Arbeiter nicht als Ausplünderungsobjekt überantworten werden. (Beifall.)

Wenn monarchistische Vereine erklären, zum erstenmal sei es jetzt wieder möglich, in größerem Rahmen eine Kaiser-Geburtstagsfeier abzuhalten, so können wir nur darauf verweisen, daß wir unsere Hitler-Geburtstagsfeier immer begangen haben (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Mag sein, daß monarchistische Propaganda national ist, aber es darf keine Propaganda geben, deren Ziel sich der Staat nicht selbst zu eigen gemacht hat und erlauben wir die Propaganda der einen Seite, müßten wir sie auch der anderen erlauben.

Ähnlich ist es auch mit der Sabotage aus Kreisen der Kirche. Es gibt nichts Infameres, als die Sabotage an dem Staat mit dem lieben Gott in Verbindung zu bringen. Ich habe kein Verständnis dafür, daß die Kirchen in einer solchen Notzeit wie der heutigen ihre Kraft in orthodoxen Streitigkeiten vergeuden, anstatt sozial und charitativ das zu tun, was ihr göttlicher Lehrmeister ihnen aufgegeben hat. Wenn ich statt in die Politik in eine Kirche hineingetrieben worden wäre, ich hätte die Kirche zu anderen Zielen geführt. Ich hätte dann nicht zugelassen, daß der Staat ein Winterhilfswerk aufbaut, sondern das hätte ich von den Kirchen aufbauen lassen. Wenn ich hoher Bischof oder Erzbischof gewesen wäre, dann wäre ich bei Beginn des Herbstes zur Regierung gegangen und hätte gesagt: „Herr Kanzler, Sie sind mit außenpolitischen Sorgen belastet. Sie haben wirtschaftliche Sorgen, die sozialen Sorgen nehmen wir Ihnen ab.“ (Stürmischer, lebhafter Beifall.) Dann brauchten die Kirchen auch nicht über Mangel an Tuschführung mit dem Staat zu klagen und ließen auch nicht Gefahr, daß das Volk ihnen davonläuft, sondern dann würde das Volk auch wieder in den Kirchen die Heimstätten nicht nur des christlichen Wortes, sondern auch eine christliche Tat sehen. Man soll mir von dieser Seite nicht vorwerfen, das ist Sabotagearbeit am Christentum. Ich glaube, die Organisation des Winterhilfswerkes ist die christlichste Tat gewesen, die jeit langem geleistet worden ist. (Bravo und Händeklatschen.)

Reichsminister Dr. Göbbels wandte sich schließlich noch gegen die unsichtbare Reaktion. Das sind die Menschen, die jeden Satz mit den Worten anfangen: „Wir Nationalsozialisten“. Das sind die Radikalskis, die wilde Reden von Weltanschauung halten, damit keiner auf den Gedanken kommt, wie lange sie schon dabei sind. Diese Moraltrumpeter wollen uns auf einmal vorzeichnen, was schidlich ist. Sie machen in überstem Mutertum, und wir werden das in Zukunft nicht mehr zulassen. (Lebhafter Beifall.) Wir werden ihrem verderblichen Treiben nicht länger untätig zusehen, wir werden den Nationalsozialismus von diesen Schlacken reinigen. Die Sicherheit unseres Regimes ruht nicht bei diesen Schreieten, sie liegt bei der Partei, bei der alten Garde, die Sicherheit liegt bei uns!

Deshalb glaube ich, können wir auch dieses Jahr nicht besser beschließen, indem wir uns vereinen in der Treue zum Führer, in der Treue zur Partei und indem wir auch dem Führer diesen Dank zum Ausdruck bringen nicht mit leeren Worten, was das nie unsere Gewohnheit war, sondern durch erhöhte Leistung. In der Einigkeit und in der Geschlossenheit unseres Willens liegt die Garantie, mit der wir die Zukunft gewinnen. Und so glaube ich, können wir das erste Jahr unseres Kampfes nicht besser beschließen, und das zweite neue Jahr unseres Kampfes nicht besser beginnen, als mit dem alten Kampfruf: Es lebe unser Führer und es lebe unsere wunderbare Partei! (Nach einem dreifachen Stegheit langanhaltender stürmischer Beifall. — Begeistert stimmten die Wägen in die Heilrufe ein.) Das Deutschland-Lied beendete diese bedeutungsvolle Kundgebung zum ersten Jahrestag der deutschen Revolution.

Generalleutnant von Frisch zum General der Artillerie befördert

Berlin, 31. Jan. Der vom Chef der Heeresleitung ernannte Generalleutnant Freiherr von Frisch ist mit dem 1. Februar 1934 — dem Tage des Antritts seiner neuen Dienststellung — zum General der Artillerie befördert worden.

Der Wechsel in der Leitung des Reichsheeres

Berlin, 31. Jan. Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie, Freiherr von Hammerstein, hat aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Reichsheer folgenden Aufruf erlassen:

Am Tage meines Ausscheidens danke ich jedem einzelnen Offizier, Unteroffizier und Mann für ihre Arbeit, für ihre Leistung und für ihre Gefinnung. Mein Dank gilt in gleicher Weise allen denen, die als Beamte, Angestellte und Arbeiter für das Heer und Hingabe, wird unser Weg anwärts geben.

Der neue Chef der Heeresleitung, General der Artillerie, Freiherr von Frisch, gibt bekannt: Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, an die Spitze des Heeres berufen, übernehme ich mit dem heutigen Tage den Befehl. Ich tue dies in dem festen Willen, das Heer so zu führen, daß es, ruhmreicher Ueberlieferung folgend, auch zukünftig in selbstloser und vorwärts strebender Tätigkeit das feste Rückgrat unseres neu geeinten Reiches ist.

Ernennung

M. B. Berlin, 31. Jan. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Herzog Karl Eduard von Koburg-Gotha, ist vom Reichspräsidenten zum Kommissar der freiwilligen Krankenpflege ernannt worden. Zugleich hat der Reichsinnenminister den stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Generalinspekteur des Sanitätswesens der SM. und SS., Sanitäts-Übergangsführer Generaloberstabsarzt a. D. Dr. Hoheisen, zum ersten und Generaloberstabsarzt a. D. Dr. Kapp zum zweiten Stellvertreter des Kommissars ernannt.

Der bisherige Kommissar der freiwilligen Krankenpflege, Reichsminister a. D. Dr. Gehler, der sein Amt mit Rücksicht auf die Neugestaltung des Deutschen Roten Kreuzes zur Verfügung gestellt hatte, ist vom Reichspräsidenten mit einem herrlichen Dankschreiben, dem sich der Reichsinnenminister namens der Reichsregierung angeschlossen hat, aus seinem Amte entlassen worden.

Verbot impfgegnerischer Propaganda

M. B. Berlin, 31. Jan. Der preußische Minister des Innern hat die Impfgegner- und Impfzwangsgegnervereinigungen für Preußen aufgelöst und verboten. Gleichzeitig wird jede öffentliche impfgegnerische Betätigung verboten.

Wiener Blätter zur Kanzlerrede

Wien, 31. Jan. Die Aufnahme der Erklärungen des Reichsanzlers über die deutsch-österreichische Frage ist im wesentlichen durch eine abends herausgegebene ablehnende amtliche Stellungnahme bestimmt. Die Presse erklärt daher, die Klugheit des Reichsanzlers sei keineswegs eine Antwort auf die an Deutschland gestellte Frage der österreichischen Regierung. Sie sei daher kein Fortschritt und könne nicht als Entspannung der Lage oder die Lösung des Problems angesehen werden. Selbstverständlich ergeben sich die unter jüdischem oder ausländischem Einfluß stehenden Zeitungen wie üblich in wüsten Beschimpfungen des Reichsanzlers.

Die amtliche „Wiener Zeitung“ schreibt in einem „Nichts Neues aus Berlin“ über die Erklärungen des Reichsanzlers, die Rede des Reichsanzlers sei keine Antwort auf den letzten österreichischen Schritt. Sie enthalte eine Reihe längst wiederlegter Irrtümer.

Das christlich-soziale Blatt, die „Reichspost“, erklärt gleichfalls, „Keine Antwort an Oesterreich“. Der Kanzler habe sich wieder einmal als glänzender Sprecher bewährt, habe aber die gleichen Gedanken entwickelt, die man schon aus amtlichen und parteiamtlichen Kundgebungen kannte. Die beiden nationalen Blätter, die „Wiener Neuesten Nachrichten“ und der „Oesterreichische Beobachter“, bringen die Rede des Reichsanzlers kommentarlos.

Die Aufnahme der Reichsanzler-Rede in Amerika

New York, 31. Jan. Die Ausführungen des Reichsanzlers vor dem Reichstag werden von der amerikanischen Presse sehr ausführlich wiedergegeben. Die „Times“ und die „New York Herald Tribune“ heben in den Ueberschriften auf der ersten Seite besonders den verständlichen Ton der Rede sowie die Neuorganisation des Reiches entsprechend den alten Stammesgemeinschaften hervor. Sie stellen weiter eine wesentliche Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika fest. Hitler habe es verstanden, Deutschland zu einer unergleichlich leistungsfähigeren, allerdings daher auch gefährlicheren Einheit zusammenzuschweißen, als es jemals gewesen sei.

Im übrigen wird die Wiedergabe der Hitler-Rede allgemein als die bestverständliche von allen bisherigen Uebersetzungen aus Deutschland bezeichnet.

Wieder Titel

Berleihung von Titeln

an verdiente Beamte und Angehörige der freien Berufe
Berlin, 31. Jan. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten über Titelverleihungen an Beamte und Angehörige der freien Berufe, die sich ein besonderes Verdienst um Volk und Staat erworben haben.

Die Verleihung geschieht, wie ausgeführt wird, durch Aushändigung einer Urkunde, die vom Reichspräsidenten oder den von ihm ermächtigten Stellen vollzogen wird. In jedem Fall erfolgt die Verleihung im Namen des Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichsinnenministers. Sie erstreckt sich nicht nur auf noch im Dienst stehende Beamte, sondern auch auf solche, die sich bei Inkrafttreten der Verordnung bereits im Ruhestand befinden. Die Verleihung der Titel, von der im übrigen sparsamer Gebrauch gemacht werden soll, an Beamte erfolgt in der Regel erst, nachdem der Beamte ein bestimmtes Gesamtdienstalter erreicht hat. Bei besonderem Anlaß kann jedoch die Reihenfolge der Titelverleihung zugunsten des Beamten durchbrochen werden.

Wie aus der Anlage zu dieser Verordnung hervorgeht, kann Professoren staatlicher Hochschulen und Leitern wissenschaftlicher Staatsinstitute der Titel „Geheimer Rat“ verliehen werden. Auch für die höheren Beamten ist die Wiedereinführung des Geheimtittels vorgesehen.

Die Beamten der Besoldungsgruppe A2 (Reich) und der Gruppe A3 sowie Vordirektoren und die Kriminalkommissare der preussischen Besoldungsgruppe A4 können je nach ihrer Dienstzeit den Titel „Landmeister“, „Schulrat“, „Ordnungsrat“, „Rechnungsrat“, „Oberpolizierat“ usw. erhalten.

Weiter sind die Titel Amtsrat, Amtsinspektor, Berginspektor, ferner der Titel Oberamtssekretär, oder ein aus der Amtsbezeichnung unter Hinzufügung „Ober“ gebildeter Titel vorgesehen. Büro- und Kanzleibeamte können den Titel „Amtssekretär“ bezw. „Oberamtssekretär“ verliehen erhalten.

Personen der freien Wissenschaft und Kunst können bei besonderem Anlaß den Titel „Professor“ erhalten; Angehörige der freien Arztberufe den Titel „Sanitätsrat“ und „Geheimer Sanitätsrat“; Angehörige der Rechtsanwaltschaft den Titel Rechtsrat bezw. „Geheimer Rechtsrat“ und Architekten und Ingenieure den Titel Bau rat oder Geheimer Bau rat.

Uebergabe der schottischen Trommeln im Reichswehrministerium

Berlin, 31. Jan. Am Mittwoch fand im Reichswehrministerium die feierliche Ueberreichung der Trommeln der Gordon Highlanders durch den Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg an ihren Regimentschef Sir John Hamilton statt. Die Trommeln fielen 1914 in Omdene, wo sie bei der Landung der englischen Truppen in Verwahrung gegeben waren, in deutsche Hände. Ihre jetzige Rückgabe erfolgt — einem englischen Wunsch entsprechend — mit Genehmigung des Reichspräsidenten Generaloberst von Blomberg hob in seiner Ansprache die Achtung der Soldaten vor jedem ritterlichen, tapferen Gegner hervor, und die soldatischen Gefühle innerer Verbundenheit in dem hohen Beruf der Verteidigung von Land und Volk. „Sie sind heute in ein Deutschland gekommen“, so schloß der Reichswehrminister, „das nach langen dunklen Jahren des Unglücks, der Zerrissenheit und der Schande sich wiedergefunden hat. Mögen Sie hier erkennen, daß das deutsche Volk keinen anderen Wunsch hat, als in einem ehrenvollen Frieden als freies und gleichberechtigtes Volk seinen Platz im Kreise der Nationen einzunehmen.“

Abonniert das „Durlacher Tageblatt“

Der Führer spricht

Das Erlebnis des 30. Januar 1934

NSD. Der Jahrestag der deutschen Erhebung, gekennzeichnet durch das gewaltige Werk der heftenden Volksgemeinschaft, das durch seine Fühlorgie diesem Tag ein besonderes Gepräge gab, fand seinen Höhepunkt in der Sitzung des Reichstags des 12. November.

Zum ersten Male sprach der Führer zur neuen Volksgemeinschaft, die durch den Spruch der Nation als die Repräsentantin der inneren Geschlossenheit der Nation vor einhalb Monaten in die Oper am Königsplatz eingezogen war.

Der Anlaß dieser Tagung des Reichstages, die Erinnerung an den 30. Januar 1933, der am Beginn der deutschen Schicksalswende stand, geben dem großen Ereignis den besonderen Rahmen.

Die harten Gesichter, auf denen der entschlossene nationalsozialistische Kämpferwille ebenso geschrieben steht, wie die Zeichen des Ringens, das zu jenem 30. Januar 1933 geführt hat, sind der Eindruck dieser Männer, die hier zusammengekommen sind, um aus dem Munde des Führers die Parole des 30. Januar zu hören.

Der Führer betritt das Rednerpult. Hinter ihm leuchtet groß das riesige Hakenkreuz, das den Raum beherrscht. Zum dritten Male steht der Führer hier. Es waren immer große, entscheidungsvolle Stunden, wenn er von hier aus zum Reichstag, zur Nation, zur Welt sprach.

Das erste Mal, nach dem Tag von Potsdam, forderte er von der ehemaligen Volksvertretung das erste Ermächtigungsgesetz, durch das die nationalsozialistische Revolution die Möglichkeit bekam, im Rahmen der Gesetze ruhig und sicher die Maßnahmen durchzuführen, die dem Jahre 1933 sein historisches Gesicht gaben. Die gleiche Sitzung erlebte jene niedermetzliche Verleumdung, die Adolf Hitler den damals noch dem Reichstag angehörenden Marxisten noch erteilte.

Das zweite Mal war es der 17. Mai, an dem der Führer von diesem Podium aus seinen großen Friedensappell an die Welt richtete, ein Appell, der in der Folgezeit zum Ausgangspunkt neuer weltpolitischer Konzeptionen geworden ist.

Heute gilt die Stunde einem tief eindrucksvollen Fazit über die Grundzüge des bisher Geschaffenen, über die Größe der Wandlung, die wir erleben und der zielbewußten Fundierung der kommenden staatspolitischen Arbeit.

In der tiefen Stille, mit der das gesamte Haus, die Abgeordneten ebenso wie die Gäste, die die Tribünen bis zum letzten Platz füllen, atemlos die Worte des Führers hört, fallen die prägnanten scharf formulierten Sätze, mit denen der Führer die Zwangsläufigkeit schildert, mit der das deutsche Schicksal dem bolschewistischen Chaos entgegengedrückt und mit denen er die Entwicklung der Bewegung umreißt, den Geist schildert, aus dem sie geboren wurde und in dem sie das deutsche Volk aus dem Wahnsinn der Nachkriegsentwicklung herausgeführt hat.

Zu allen Fragen, die heute im Vordergrund des Interesses stehen, nimmt er in diesem Rahmen grundlegend Stellung. Beifallsstürme unterbrechen und begleiten seine packenden Formulierungen, aus denen die gewaltige Größe der nationalsozialistischen Staatsgestaltung sich entwickelt.

Scharf fallen die Worte des Führers gegen das aufgezwungene Schulbekenntnis, gegen den Versailles Vertrag und die daraus abgeleitete Diskriminierung eines ganzen Volkes.

Im Gegensatz hierzu entstehen klar und im tiefsten Überzeugend die großen konstruktiven Ideen, die der Nationalsozialismus, der sich durch die Niederdrückung des Kommunismus einen bleibenden Verdienst um ganz Europa in diesem Jahre erworben hat, der Welt gibt.

In logischer Folgerung entsteht der große innere Zusammenhang zwischen dem Kassegedanken des Nationalsozialismus und seiner Friedenspolitik. Der Kassegedanke führt zur natürlichen Respektierung anderer Völker. Er gibt die bessere Basis ab für das Streben nach einer wahren Befriedung der Welt.

Ein anderes Blickfeld schließt sich vor:
Der Führer spricht von den großen Perspektiven der inneren Festigung der Reichseinheit. Seine Worte umreißen die Richtlinien unserer innenpolitischen Zukunftsarbeit.

Den Höhepunkt erreichen die grundlegenden innenpolitischen Worte, als der Führer erklärt, daß der Kampf und die innere Neugestaltung noch nicht abgeschlossen ist, daß es nun gilt, das Reich zu stärken durch Zusammenfassung aller Kräfte in einer organisatorischen Form, die endlich nachfolgt, was in einem halben Jahrtausend verjährt wurde.
„Ein Volk sind wir, in einem Reich wollen wir leben.“

Es sind historische Worte, die an der Wende einer tausendjährigen deutschen Tragik stehen, die den Ausgangspunkt eines zukunftsreicheren Lebenswegs einer geschlossenen einigen Nation bilden.

Das neue Ermächtigungsgesetz hat der Regierung den legalen Weg geöffnet zur weiteren Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution, zur Vollendung der staatspolitischen Fundierung des Dritten Reiches.

Der Abschluß der Rede, der von tiefem staatsmännischen Verantwortungsbewußtsein und genialer politischer Klarheit getragene Ueberblick über das Verhältnis Deutschlands zu den anderen Staaten, der neue Appell aufrichtiger Friedenspolitik, aber auch entschlossener Verteidigung der Lebensrechte unserer Nation haben in denen, die Zeuge dieser Stunde sein dürfen, einen unerhört tiefen Eindruck hinterlassen. einen Eindruck, der sich ausstrahlen wird auf die Völker, die Adolf Hitler aufrief zur grundsätzlichen Entzerrung der Beziehungen untereinander.

Die Rede des Führers ist beendet. Er fährt zurück zur Reichskanzlei durch ein nächtliches Spalier von Tausenden und aber Tausenden von jubelnden Menschen. Vor einem Jahr standen an diesem Abend auch in jenen Straßen vor der Reichskanzlei schwarze Menschenmauern. Damals sah man sie überfallen und mitgerissen die braunen Bataillone marschieren. Heute wissen die Millionen, warum wir marschieren sind, heute marschieren sie mit uns, bauen mit uns das neue Reich, hören mit uns die Worte des Führers, um ihnen als verlorene Gemeinschaft zu folgen.

Die elementare Wucht dieser Rede des Führers, die zukunftsweisende Bedeutung seiner Worte, haben auch den Jahrestag des 30. Januar geahndelt, und ihn in das Buch der deutschen Geschichte eingeschrieben. Im Banne seines Führertums marschieren wir in das zweite Jahr der deutschen Revolution. Und wir wissen: Unser Weg wird glücklich sein!

Am Sonntag, 4. Februar, Eintopfgericht!
Deutsche Hausfrauen, die Hungernden warten!

Dr. Frick über den Neuaufbau des Reiches

Berlin, 31. Jan. Reichsinnenminister Dr. Frick sprach am Mittwochabend im Rundfunk über den Neuaufbau des Reiches. In einem großen historischen Rückblick zeigte Dr. Frick, wie zur Zeit der Sachsen- und Frankentäler ein harter in sich geschlossener Nationalstaat bestand, der in der Lage war, die gesamte Kraft des Volkes gegen seine Feinde zu wenden, um nach außen seine Grenzen zu schützen und im Innern dem Frieden zu dienen. Nach dem Verfall des Reiches baute aus den Staaten der großen Preußenkönige, insbesondere Friedrichs des Großen, und aus den Dörfern des Preußenvolkes in den Freiheitskriegen Bismarck ein zweites Reich. Wir wissen heute, was es in der deutschen Geschichte bedeutete. Es war ein Reich der Macht, der Ehre und Würde, ein Reich, das der Verwirklichung des alten Traumes der besten Deutschen nahe kam, sie aber nicht vollendete. Der schwerste Fehler des zweiten Reiches war es, daß man es trotz weitestgehender materieller Fürsorge nicht verstand, die Massen der deutschen Arbeiterklasse innerlich dem Staat zu verbinden und sie zusammen mit dem deutschen Bauern zu Trägern des neuen Staates zu machen. In diesem Fehler zerbrach letzten Endes am 9. November 1918 das zweite Deutsche Reich.

Revolutionen nach verlorenen Kriegen haben nur dann einen geschichtlich gerechtfertigten Sinn, wenn sie gemacht werden, um die Kraft eines Volkes zur letzten Selbstbehauptung, zum äußersten Widerstand zusammenzufassen und rücksichtslos mit neuen großen Ideen den Neuaufbau des Staates zu beginnen. Von solchen Ideen war bei den Novembermännern nichts wahrzunehmen. Korruption, Klemmerhader, Landesverrat, Demütigungen kennzeichneten den Lebensweg Deutschlands in den letzten Jahren. Es gab sogar Zeiten unter diesem System, in denen die Reichseinheit selbst gefährdet war.

Zu dieser Zeit begann der schliche deutsche Mensch Adolf Hitler sein heroisches Ringen um die Seele des deutschen Volkes. 14 Jahre lang, unermüdlich, allen Widerständen zum Trotz, eifern, unbeirrbar, fast allein stehend eroberte er in immer neuem Ansturm das deutsche Volk und mit ihm wieder den Glauben an sich, seine Kraft und seine Zukunft.

Wohl die größte Leistung des Führers im vergangenen Jahre aber ist die Einmünderung, die Zusammenführung des deutschen Volkes zu einer Nation! Die Parteien, die das Volk 14 Jahre lang auseinandergeredet und die deutsche Würde mit Füßen getreten haben, sind verschwunden! Parlamente, die ihre Aufgaben im Reden und Zerkhören haben, gibt es heute nicht mehr. Volk und Staat sind eins geworden!

Es ist klar, daß diese neue Einheit im deutschen Volk geblieben ist und nach der ihr gemäßen äußeren Form des vollstehenden Zusammenlebens verlangt. Die historische Aufgabe unserer Zeit ist die Schaffung des kraitvollen nationalen Einheitsstaates an Stelle des bisherigen Bundesstaates. Für Länder im bisherigen Sinne und für Landesgrenzen ist im neuen Deutschland kein Platz mehr! Niemand wird verkennen, daß auch die Länder sich geschichtliche Verdienste, besonders auf kulturellem Gebiet, erworben haben. Der in der Tradition verwurzelte Nationalsozialismus ist der letzte, der das nicht anerkennen wollte! Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß eine neue Zeit ihre eigenen neuen Ausdrucksformen verlangt. Wollen wir, wie das Volk es am 12. November v. Js. bekannte, den starken geschlossenen völkischen Staat, so dürfen wir nicht aus Pietät, Sentimentalität oder lieber Gewohnheit an Einrichtungen und Formen festhalten, die zu anderen Zeiten und unter anderen Voraussetzungen geschaffen wurden, deren Zeit aber nun erfüllt ist. Sie können heute als Anreiz zu volkfeindlichen monarchistischen Parteistrebungen sogar schädlich wirken. Dieser Wille, der jetzt nach Gestaltung ringt, entspricht der tausendjährigen deutschen Sehnsucht nach dem starken einheitslichen Staat. Das „Gesetz zum Neuaufbau des Reiches“ gibt diesem Willen den äußeren staatsrechtlichen Ausdruck. Das gestern am Reichstag beschlossene und vom Herrn Reichspräsidenten verkündete „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ bestimmt in Artikel 1, daß die Volksvertretungen der Länder aufgehoben werden. Damit wird der Zustand, wie er bereits seit dem 11. Oktober 1933 tatsächlich bestand, gesetzlich

funktioniert. Die Reichsstaatsauslösung vom 11. Oktober 1933 hatte die Auflösung der Landtage zur gesetzlichen Folge. Die Neuwahl der Landtage unterblieb. Mit der Beilegung der Landtage haben die Länder ihre souveräne Grundlage gänzlich verloren, nachdem die ursprünglichen Träger ihrer Souveränität, die Bundesfürsten, bereits im November 1918 verschwunden waren.

Aus dieser Tatsache zieht Artikel 2 den folgerichtigen Schluß, daß die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergehen, und daß die Landesregierungen der Reichsregierung unterleben. Wenn auch die Weimarer Verfassung die Rechte der Bundesstaaten der Bismarckschen Verfassung ganz erheblich beschnitt, so ließ sie doch immerhin diese Gebilde trotz Beilegung der Dynastien als Länder mit einer gewissen selbständigen Staatsgewalt bestehen. Von heute an gibt es keine selbständige Landeshoheit mehr. Träger der gesamten Staatsgewalt ist ausschließlich das Reich. Der Einheits des nationalen Willens entspricht die Einheit der Staatsführung. Für alle Zeiten ist damit irgendwelchen separatistischen oder föderalistischen Bestrebungen ein verfassungsmäßiger Riegel vorgelegt. Deutschland ist aus einem Bundesstaat zum Einheitsstaat geworden, auch wenn die praktische Durchführung des neuen Gesetzes noch Jahre erfordern wird. Die Landesregierungen sind von heute an nur noch Ausführungsorgane des Reiches. Sie behalten zwar vorerst ihre bisherigen Zuständigkeiten, sind dabei aber verpflichtet, Anordnungen der Reichsregierung durchzuführen. Die weitere organische Entwicklung wird sich ohne Störung der laufenden Verwaltungstätigkeit gemäß Artikel 4 des Gesetzes durch Gebiete der Reichsregierung und gemäß Artikel 5 durch Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Reichsinnenministers vollziehen.

Das Reichsstaatsaltergesetz hatte die Regelung der Dienstaufsicht über die Reichsstaatsbeamten offengelassen. Durch Artikel 3 des Gesetzes wurde dabei die Dienstaufsicht dem sachlich zuständigen Reichsminister des Innern übertragen. Die Dienstaufsicht umfaßt auch das Recht der Erteilung von Anweisungen im allgemeinen und im Einzelfall.

Nach dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 konnte die Reichsregierung auch verfassungsändernde Gesetze beschließen. Sie war dabei aber an gewisse Schranken, so insbesondere hinsichtlich des Reichstags und des Reichstrots gebunden. Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 befreit diese Einschränkungen und gibt der Reichsregierung für den verfassungsmäßigen Neuaufbau des Reiches und für die Beschränkte Vollmacht. Nach Artikel 6 ist das Gesetz am 30. Januar 1934 in Kraft getreten.

Mit diesem Gesetz ist der Reichsregierung nach dem Willen des deutschen Volkes eine Machtbefugnis in die Hand gegeben, wie sie keine Regierung vor ihr je gehabt hat. Sie wird auf Grund des Gesetzes die Maßnahmen treffen, die zum Neuaufbau des Reiches erforderlich sind, und die der inneren Wandlung des Volkes zur Nation entsprechen. Sie wird sich aber bei allen ihren Schritten leiten lassen von dem Gefühl tiefster sittlicher Verantwortung vor Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes! Die Männer, die unter der genialen Führung Adolf Hitlers am Neuaufbau des Reiches arbeiten wollen nichts für sich. Sie fühlen sich, wie einst der große Preußenkönig, nur als die ersten Diener des Staates, und wie sie mit dem Volk und durch das Volk in die Regierung berufen worden sind, so werden sie ihre Arbeit leisten allein für das Volk und seine bessere Zukunft!

An das ganze Volk aber ergeht der Ruf, dem Führer und seiner Regierung in den kommenden Monaten und Jahren so treu zur Seite zu stehen, wie in dem jetzt abgelaufenen Jahr.

Im Glauben an Deutschlands Kraft und an das unzerstörliche Leben des deutschen Volkes hat der Führer vor 15 Jahren an der Spitze von sechs Mann seinen heroischen Kampf begonnen. Heute zu Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche des deutschen Volkes ist sein und seiner Regierung oberster Grundgedanke der gleiche, wie damals: Deutschland und nichts als Deutschland!

Staatsrat von Morozowicz-Muhden

Frankfurt a. O., 31. Jan. Im Krankenhaus in Frankfurt a. O. warb an den Folgen eines kürzlich erlittenen Kreislaufversagens Staatsrat Rittmeister von Morozowicz-Muhden. Er schloß sich dann der Stahlhelmbewegung an und wurde Landesführer der Provinz Brandenburg. Im April 1932 wurde er Landtagsabgeordneter der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot im Wahlkreis Frankfurt a. O., legte aber bereits im August 1932 sein Mandat nieder. Morozowicz hat sich an der Herleitung eines engeren Verhältnisses zwischen SA und Stahlhelm hervorragend beteiligt. Im August 1933 wurde er in den preußischen Staatsrat berufen und zum Gruppenführer beim Stabe der obersten SA-Führung ernannt.

Nachruf Köhms für Morozowicz

NSD. Berlin, 31. Jan. Stabschef Köhm hat einen Nachruf für den Gruppenführer Staatsrat von Morozowicz erlassen. Er sagt darin, daß von Morozowicz ununterbrochen nach seiner Rückkehr von der Front im Kampf gegen das von ihm gehähte Novemberregime gestanden habe. Treu seiner Idee habe er nach dem 30. Januar 1933 die Folgerung gezogen und mit dem Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit die Vereinigung des Stahlhelms mit der SA. vertreten. Die ihm vom Führer gestellte Aufgabe, die Wehrtrahelmer in die SA. einzugliedern, habe er rücksichtslos und tatkräftig erfüllt. Die Treue zum Führer und zur nationalsozialistischen Idee habe er bis zum letzten Atemzug gehalten. Am Stabe sei er ein wertvoller Mitarbeiter, ein treuer und liebenswerter Kamerad gewesen. „In der Geschichte der deutschen Revolution“, so schließt der Nachruf, „hat unser SA.-Kamerad, Gruppenführer von Morozowicz, seinen Platz.“

Bereibigung des Bischofs von Berlin durch Ministerpräsident Göring

Berlin, 31. Jan. Ministerpräsident Göring empfing am 31. Januar vormittags in Ausübung der ihm von dem Reichkanzler übertragenen Befugnisse des Reichsstatthalters den neuen Bischof von Berlin, Dr. Nikolaus Bares, am von diesem den im Reichslandrat festgelegten Treueid entgegenzunehmen. Bei der feierlichen Handlung wechselten der Ministerpräsident Göring und der Bischof von Berlin kurze Ansprachen.

Kranzniederlegung am Berliner Ehrenmal durch General Hamilton

NSD. Berlin, 31. Jan. Der englische General Hamilton, der Chef des Regiments Gordon Highlanders und Präsident der Veteranenvereinigungen von Schottland, London und Südafrika, legte am Berliner Gefallenendenkmal einen Kranz nieder.

Die Gauleitertagung in Berlin

NSD. Berlin, 1. Febr. Am Mittwoch begann in Berlin in Anwesenheit von Rudolf Hess eine Tagung der Reichsleiter und Gauleiter der NSDAP. Die Vormittagssitzung war, wie der „Völk.“ berichtet, einer Besprechung des Stabsleiters der Obersten Leitung der NSDAP, Dr. Ley, mit den Gauleitern vorbehalten. Am Nachmittag verammelten sich die Reichsleiter, Gauleiter und die Amtsleiter der NSDAP zu einer gemeinsamen Aussprache über eine Reihe von politischen Fragen, die zurzeit im Vordergrund des Interesses stehen. Der Stellvertreter des Führers nahm Gelegenheit, zu den aufgeworfenen Fragen im Einzelnen Stellung zu nehmen. Im Verlaufe dieser Aussprache nahm u. a. auch Reichsleiter Dr. Frick das Wort, der über die Aufgaben sprach, die sich für die Partei aus dem gestern im Reichstag einstimmig angenommenen Ermächtigungsgesetz ergeben. Der Stabsleiter der Obersten Leitung der NSDAP, Dr. Ley, dankte am Schluß dem Stellvertreter des Führers, der der geschlossenen Einheit Ausdruck gab, mit der die NSDAP. und SA. gemeinsam die NSDAP. verkörpern.

Die Tagung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Vor der Veröffentlichung der preisgekrönten Arbeiten aus dem Journalistenwettbewerb „Mit Hitler in die Nacht“

NSD. Berlin, 31. Jan. Im deutschen Journalistenwettbewerb „Mit Hitler in die Nacht“ hat, wie die NSD. meldet, das Preisgericht unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Göttele am Mittwoch seine Entscheidung getroffen. Die fünf preisgekrönten Arbeiten werden der gesamten deutschen Tagespresse ohne jede Kennzeichnung der Prämierung zum Abdruck ab Samstag, den 3. Februar zur Verfügung gestellt. Bekanntlich werden nunmehr die deutschen Zeitungsleser beim die Zeitsche der deutschen Tageszeitungen aufgefordert, darüber zu urteilen, in welcher Reihenfolge das Preisgericht die Prämierung vorgenommen hat. Für die richtige Einordnung ist von Dr. Dietrich neben dem Preis für die Verfasser der Preisarbeiten ein Preis von 1000 RM., der bei mehreren richtigen Einordnungen in fünf Preise zu je 200 RM. aufgeteilt wird, gestiftet worden. Die genauen Bedingungen werden gleichzeitig mit der ersten Veröffentlichung bekanntgegeben.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, 1. Februar 1934.

Bad. Staatstheater: „Tänze nach klassischer Musik, 20—22 Uhr. Stala-Tonfilm-Theater: „Die weiße Schwanen“, 7 und 9 Uhr. Marlagraen-Theater: „Schwarzwalddämel“, 6 und 8 1/2 Uhr. Kammer-Variete: „Der Stern von Valencia“.

Eine Mitteilung der Reichsbank über die Berliner Gläubigerverhandlungen

BRB. Berlin, 31. Jan. Ueber die in Berlin geführten Verhandlungen mit ausländischen Gläubigervertretern wird folgende offizielle Verlautbarung ausgegeben:

Zwischen Vertretern der deutschen Regierung und Beauftragten der amerikanischen und englischen Gläubiger haben Besprechungen stattgefunden, die in erster Linie den Inhalt der Transfer-Sonderabkommen zum Gegenstand hatten, die zwischen der deutschen Regierung einerseits und der schweizerischen und holländischen Regierung andererseits abgeschlossen werden sollen. Im Laufe dieser Erörterungen erwies es sich als wünschenswert, das Problem der deutschen Auslandsverschuldung unter allgemeineren Gesichtspunkten zu besprechen. In diesem Teile der Verhandlungen haben auch Vertreter der Reichsbank teilgenommen.

Hierbei ergab sich allseitiges Einverständnis darüber, daß die endgültige Lösung der Außenverschuldung Deutschlands abhängig ist von einer Zunahme des Welthandels und seiner entsprechenden Beteiligung sowie darüber, daß nur eine lokale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen Gläubigern die Voraussetzungen schaffen kann für eine Ueberbrückung der gegenwärtigen Transferschwierigkeiten und für die Aufstellung eines Schuldenabzahlungsplanes, der gleichzeitig den Realitäten wie sie in der Lage Deutschlands gegeben sind, und den vertraglichen und moralischen Rechten der Gläubiger Rechnung trägt.

Es herrschte ferner Uebereinstimmung darüber, daß es vom Standpunkt einer ruhigen Entwicklung nicht unerwünscht ist, das in kurzen Zwischenräumen immer wieder zur Diskussion zu stellen, und es wurde deshalb der Vorschlag gemacht, in der ersten Hälfte des April eine Zusammenkunft von Vertretern aller lang- und mittelfristigen Gläubiger Deutschlands einzuberufen mit dem Ziel, eine Grundlage für die Handhabung des deutschen Schuldendienstes zu schaffen, die geeignet ist, Schwächen des gegenwärtigen Systems zu beseitigen und gleichzeitig die Basis für eine Dauerregelung abzugeben. Dabei wurde anerkannt, daß es aus praktischen Gründen im Interesse der Gläubiger liegen könnte, gewisse Opfer zu bringen, wenn dies nötig erscheinen sollte und dazu dienen würde, den Ungewissheiten u. Unsicherheiten der gegenwärtigen Lage ein Ende zu setzen.

Hinsichtlich des Inhaltes der Abkommen mit der Schweiz und den Niederlanden nahm die deutsche Regierung Kenntnis von der Auffassung der Gläubiger, hatte jedoch ihrerseits gewisse praktische Gründe, die gegen eine sofortige Beendigung dieser Abkommen sprechen. Die deutsche Regierung wünschte deshalb, diese Vereinbarungen bis zum 30. Juni 1934 fortzuführen, wobei festgelegt wurde, daß die für April in Aussicht genommenen Verhandlungen sich auf der Basis der Gleichbehandlung aller Gläubiger und der Beseitigung von Sonderabmachungen bewegen sollen.

Das Reichswirtschaftsministerium hat die Reichsbank davon verständigt, daß dies die Auffassung der Regierung ist. Sie ist dabei von der Annahme ausgegangen, daß keine Regierung irgendeines Landes, dessen Staatsangehörigkeit hinsichtlich ihrer Gläubigerinteressen Vorteile aus diesem Vertrage haben, aufgrund der Transferschwierigkeiten Maßnahmen gegen Deutschland treffen wird.

Um ein solches Uebereinkommen zu erleichtern und um für die Dauer des laufenden Halbjahres die Ungleichheit, die sonst zwischen der Befriedigung der schweizerischen und holländischen Befizer deutscher Bonds und der anderer Nationalitäten bestehen würde, auf ein Minimum zurückzuführen, ist die Goldkreditbank bereit, eine feste Verpflichtung einzugehen, die Scrips, die die Konversionsstufe in Anrechnung auf Zinsen ausgeben, die während des laufenden Semesters fällig werden und nicht unter die genannten beiden Väterabkommen fallen, zu 67 % anstatt bisher 50 % zu laufen. Die Zustimmung der Reichsbank zu dieser Regelung bedeutet nicht etwa eine Änderung ihrer Schätzung zum Ende Dezember über die mutmaßliche Deszendententwicklung, sondern soll, was ausdrücklich betont wird, ihre Bereitwilligkeit erkennen lassen, bis zu einem gewissen Grade eine Mehrbeanspruchung ihrer Goldreserve in Kauf zu nehmen, wenn sie damit die baldige konstruktive Regelung des ganzen Schuldproblems beschleunigen kann.

Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-polnischen Luftfahrabkommens

BRB. Warschau, 31. Jan. Zwischen der polnischen Außenminister Bed und dem deutschen Gesandten von Nolte fand heute der Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-polnischen Luftfahrabkommens statt, das im August 1933 unterzeichnet worden war.

Sturmansführer Hüdel und Sturmführer Klee bei einem Kraftwagenunglück getötet

Bad Freienwalde, 31. Jan. Nachts ereignete sich zwischen Straußberg und Babel ein furchtbares Kraftwagenunglück, dem der Führer des Sturmbans 207, Sturmansführer Hüdel aus Weizen, und sein Adjutant, Sturmführer Ernst Klee aus Weizen, die sich auf einer Dienstreise befanden, zum Opfer fielen. Die sich auf einer Dienstreise befanden, zum Opfer fielen. Die sich auf einer Dienstreise befanden, zum Opfer fielen. Die sich auf einer Dienstreise befanden, zum Opfer fielen.

Die russischen Stratosphärenflieger ist aufgefunden

London, 31. Jan. Wie Reuters aus Moskau meldet, sind die drei Insassen des sowjetischen Stratosphärenballons in der Gegend des Ballons tot aufgefunden worden. Die Fundstelle befindet sich in der Nähe des Dorfes Potiuski an der Bahnlinie Moskau-Kazan. Anscheinend ist die Gondel vom Ballon abgerissen und zu Boden gestürzt.

Der Absturz der russischen Stratosphärenflieger.

BRB. Moskau, 31. Jan. In der heutigen Sitzung des kommunistischen Parteikongresses der Sowjetunion machte der erste Sekretär im Bundeshauptvolkskongress, Jenukidse, über den Absturz des Stratosphärenballons folgende Mitteilungen: Gestern zwischen 15½ Uhr und 17 Uhr führte die sowjetische Gondel des Stratosphärenballons „Dschowischim I“ in der Nähe des Dorfes Potiuski ab, etwa 8 Kilometer südlich von der Station Radeski der Bahnlinie Moskau-Kazan, ab. Beim Aufprall löste sich die Ballonhülle und fiel davon. Die Gondel mit den drei tödlich verunglückten Fliegern wurde aufgefunden. Aus Beobachtungen von Augenzeugen ergab sich folgendes Bild der Katastrophe: Beim Absturz löste sich plötzlich die Hülle des Ballons, wobei zwei leichte Explosionen zu vernehmen waren. Die Leichen der drei verunglückten Stratosphärenflieger wurden in der Gondel liegend aufgefunden. Eine davon ist bis zur Unkenntlichkeit verformt. Sämtliche Geräte und Gegenstände in der Gondel sind zertrümmert.

Die Aufnahme des Kabinetts Daladier

Paris, 31. Jan. In den Wandelgängen des Senats war das Tagesgespräch die Kabinettsbildung, die bei den Senatoren allgemein eine günstige Aufnahme fand. Man begrüßte es vor allem, daß vier Senatoren Mitglieder der Regierung geworden sind und zeigte sich keineswegs ablehnend der Tatsache gegenüber, daß Daladier Wert darauf gelegt hat, sich mit jungen Kräften zu umgeben. In der Kammer beschloß die republikanische Linke, vorläufig noch keine Stellung zur neuen Regierung zu nehmen, sondern sie nach ihren Taten zu beurteilen. Dieser Beschluß bedeutet jedoch noch keine Ablehnung, sondern lediglich gewisse Zurückhaltung. Die Vorstellung des neuen Kabinetts vor der Kammer findet am Dienstag statt.

Das Kabinett Daladier, das weder in der Kammer noch im Senat eine besonders freundliche Aufnahme gefunden hat, vertritt auch der ihm zur gefühnten Presse eine gewisse Enttäuschung vor den Oppositionsblättern, denen die außenpolitische Haltung des neuen Ministerpräsidenten verdächtig zu sein scheint, wird es heutig angegriffen. Im allgemeinen führt man zur Entschuldigung Daladiers an, daß die Schuld für die Zusammenlegung der Regierung nicht auf ihn falle, sondern auf das Spiel parlamentarischer Kräfte, das wieder einmal die Oberhand behalten hat. Das in der sozialistischen Presse zum Ausdruck kommende Misstrauen gegenüber dem Kabinett verstärkt sich in den rechtsstehenden Organen zur schärfsten Abwehr. Sie werfen dem Kabinett vor, nichts anderes zu sein als eine Neuauflage des Kabinetts Sarraut. Das stelle eine Herausforderung an die nationale Republikaner dar. Dem Kabinett wird deshalb schon jetzt ein baldiges Ende vorausgesagt. Besonders beunruhigend, so schreibt „Echo de Paris“ ist für uns das Daladier das Außenministerium übernimmt. Er wird wohl seine sog. Politik der Verständigung mit Hitler durchführen wollen. Dies wird ihm einen Fehlschlag eintragen und zur Beileugung des Anschlusses führen. Die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen sind Forderungen, die in manchen rechtsstehenden Blättern verzeichnet werden.

Tirol unter Dollfuß-Ezzer

BRB. Wien, 31. Jan. Bundeskanzler Dollfuß erläßt heute einen neuen Aufruf an das österreichische Volk, der der Presse als Pflichtnachricht zur Veröffentlichung übermittle wird. In dem Aufruf wird eine generelle Säuberungsaktion für Tirol angekündigt. Der Sicherheitskommissar, Vizekanzler Jen, ist beauftragt, alle Staatsfeinde (!) „zur Raision zu bringen“ und die Verordnungen über die Aufhebung der Organe der Länder und Gemeinden in Anwendung zu bringen. Der Peronal-Kommissar ist ferner beauftragt, im Sinne der neuen Beamtenverordnung unverzüglich seine Tätigkeit aufzunehmen. Wer sich gegen die Bestrebungen der Bundesregierung stellt, wird als ein Feind des Volkes und Vaterlandes erklärt; solchen Elementen wird der Kampf bis zum Äußersten angefagt.

1184 neue Militärflugzeuge genehmigt

Washington, 31. Jan. (Reuters.) Das Repräsentantenhaus hat Präsident Roosevelt ermächtigt 1184 neue Militärflugzeuge zum Ausbau und zur Modernisierung der amerikanischen Luftflotte in Auftrag zu geben. Für diese Flugzeuge werden 95 Millionen Dollar benötigt.

Neubewertung des Dollars

Neubewertung des Dollars mit 59 Cents.
BRB. Washington, 31. Jan. Nach Inkrafttreten der Goldreserveakte hat Präsident Roosevelt von den ihm durch dieses Gesetz erteilten Vollmachten Gebrauch gemacht und den gesetzlichen Goldwert des Dollars mit 59 Cents festgelegt.
Die Neubewertung des U.S.A.-Dollars.
BRB. Washington, 31. Jan. Reuters berichtet die Meldung über die Neubewertung des amerikanischen Dollars. Darnach ist der Goldwert des Dollars nicht mit 59, sondern mit 59,06 Cents gesetzlich festgelegt.

Bildung des badischen Landesverkehrsverbandes

ld. Karlsruhe, 30. Jan. Das Staatsministerium hat unterm 27. Januar 1934 ein wichtiges Gesetz beschlossen, das Joeben im Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 6) verkündet wird. Es betrifft die Bildung eines Landesverkehrsverbandes mit der Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zwecks Zusammenfassung aller verkehrsfördernden Stellen in Baden. Der Sitz des Verbandes ist Karlsruhe. Der Verband untersteht der gemeinsamen Aufsicht des Finanz- und Wirtschaftsministers und des Ministers des Innern.

Die Aufgaben des Landesverkehrsverbandes werden im § 2 wie folgt gekennzeichnet: Er hat:
a) die Belange des Fremdenverkehrs des ganzen Landes ausschließlich wahrzunehmen und zu vertreten;
b) alle verkehrsfördernden Stellen des Verkehrsgebietes einheitlich zusammenzufassen;
c) alle Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs innerhalb des Landesgebietes zu überwachen;
d) das Recht, über alle den Fremdenverkehr betreffenden Fragen Auskunft zu verlangen;
e) darüber zu wachen, daß die für die Förderung des Fremdenverkehrs im Lande zur Verfügung stehenden Mittel zweckmäßig verwendet werden;
f) die für das ganze Verbandsgebiet oder einzelne einheitliche Verkehrsgebiete gemeinsamen Werbemaßnahmen durchzuführen.
Nach § 3 ist der Landesverkehrsverband berechtigt, Entwürfe und Wünsche an die Regierung zu richten. Er soll in allen den Fremdenverkehr betreffenden Fragen gutachtlich gehört werden.

Die Organe des Landesverkehrsverbandes sind: a) der Vorsitzende, b) der Gesamtvorstand, c) der Verbandsrat, d) der Geschäftsführer. Dem Verband gehören an: a) als Pflichtmitglieder die Kreise und Gemeinden, in denen Fremdenverkehrsbelange wahrzunehmen und zu vertreten sind, b) außerordentliche Mitglieder, c) Ehrenmitglieder. Unter welchen Voraussetzungen ein Kreis oder eine Gemeinde Pflichtmitglied wird, regelt die Satzung.

Die Mittel für den Aufwand des Landesverkehrsverbandes sind, soweit sie nicht durch öffentliche Zuschüsse oder durch Beiträge der außerordentlichen Mitglieder gedeckt werden, durch Beiträge der Pflichtmitglieder (Pflichtbeiträge) aufzubringen. Der Landesverkehrsverband gibt sich eine Satzung. Sie bedarf der Genehmigung des Finanz- und Wirtschaftsministers u. des Ministers des Innern.

Bestehende überörtliche Verkehrsgemeinschaften gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als aufgelöst. Der Vorsitzende des Landesverkehrsverbandes kann an ihrer Stelle Gebietsausschüsse bilden.

Gesetz zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

ld. Karlsruhe, 31. Jan. Das Staatsministerium hat unterm 29. Januar ds. Js ein Joeben im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündetes Gesetz beschlossen, das mit Rückwirkung auf den 1. Mai 1933 in Kraft tritt. Es betrifft den Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung und bestimmt in § 1 folgendes:

„Beamte von Gemeinden, Gemeindevorständen, Kreisen und sonstigen nicht der Reichsaufsicht unterstehenden Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, die aufgrund der §§ 3, 4 oder 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden, haben Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur, wenn sie im Zeitpunkt dieser Zurücksetzung oder Entlassung als Pflichtmitglieder der Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte oder nach den Bestimmungen einer Satzung oder besonderen Vereinbarung, für den Fall der Zurücksetzung wegen Dienstunfähigkeit Ruhegehaltsberechtigt waren.“

§ 2 befaßt u. a.: Erfolgt die Zurücksetzung oder Entlassung auf Grund der §§ 3 oder 4 des Gesetzes, oder werden diese Bestimmungen auf Beamte angewendet, die schon aus dem Dienst ausgeschieden sind, so wird Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur unter der weiteren Voraussetzung gewährt, daß der Beamte eine mindestens 10jährige Dienstzeit vollendet hat.

Erfolgt die Zurücksetzung aufgrund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, so wird nach § 4 Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gemäß den Vorschriften des genannten Gesetzes unter den Voraussetzungen und in dem Umfang gewährt, wie sie dem Beamten aufgrund des Versicherungsgesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte oder den Bestimmungen einer Satzung oder Vereinbarung für den Fall der Dienstunfähigkeit zu gewähren wären. Für die Bürgermeister wird u. a. bestimmt:

Bürgermeister, die aufgrund der §§ 3, 4 oder 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden, haben einen Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur in dem Umfang, in dem ihnen im Zeitpunkt dieser Zurücksetzung oder Entlassung nach § 27 der Gemeindeordnung oder einer auf Grund dieser Vorschrift abgeschlossenen Vereinbarung für den Fall der Nichtwiederwahl ein solcher Anspruch zustünde.

Bürgermeister, die aufgrund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ohne einen Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nach § 5 dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzt worden sind, haben, wenn sie mindestens drei Jahre hauptberuflich tätig waren, Anspruch auf Wartegeld in Höhe des einmaligen Betrages der Jahresbeholdung; bei mehr als neunjähriger Dienstzeit berechnet sich das Wartegeld nach den Vorschriften des § 27 der Gemeindeordnung. — Bürgermeister, die aufgrund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ohne Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nach § 5 des Gesetzes entlassen worden sind, haben einen Anspruch auf Wartegeld nur, wenn ihnen im Zeitpunkt der Entlassung ein solcher gemäß § 27 der Gemeindeordnung oder einer gemäß dieser Vorschrift abgeschlossenen Vereinbarung für den Fall der Nichtwiederwahl zustünde.

Der § 9 trifft Bestimmungen zum Ausgleich von besonderen Härten.

Die Kaminfegerunterstützungskasse

ld. Karlsruhe, 30. Jan. Nach einem im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichten Gesetz, das am 1. Januar 1934 in Kraft trat, erhält der § 6, Abs. 3, Gesetz vom 28. Oktober 1912, folgende Fassung:

„Die Höhe der Beiträge bestimmt der Verwaltungsrat der Kasse mit Genehmigung des Ministers des Innern; die Höhe der Beiträge ist so zu bemessen, daß die Kasse in der Lage bleibt, stets ihren Verpflichtungen zu genügen.“

Hinter § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„Die Vermögenslage der Kasse unterliegt im Zeitraum von jeweils 5 Jahren der Nachprüfung durch einen vom Minister des Innern zu bestellenden versicherungstechnischen Sachverständigen. Die Kosten dieser Prüfungen bleiben der Kasse zur Last. Die dem Minister des Innern nach § 9, Absatz 1, vorbehaltene laufende Aufsicht wird hieron nicht berührt.“

§ 9, Absatz 2, erhält folgende Fassung:
„Vorstehender ist der jeweilige Präsident der Gebäudereisungsveranstalt und im Falle der Verhinderung sein Stellvertreter.“

Der Gemeindeaufwand für die staatliche Ordnungspolizei

ld. Karlsruhe, 31. Jan. Nach einem am 1. Januar 1934 in Kraft getretenen Gesetz wird für die Rechnungsjahre 1933, 1934 und 1935 der von der Gemeinde der Staatskasse zu erhebende Aufwand für die staatliche Ordnungspolizei als Pauschsumme erhoben, die dem für das Rechnungsjahr 1932 für die Gemeinden mit staatlich verwalteter Ortspolizei endgültig festgesetzten Beiträge entspricht.

Entopfemahl — Opfermahl

So wie es ein Volksbrauch geworden ist, an jedem Freitag im Gedenken an den Kreuzestod Christi zu fasten oder wenigstens nur Fisch zu essen, so ist auch das Entopfemahl in kurzer Zeit ein deutscher Volksbrauch geworden. Die deutsche Nation begeht diese ernste Feier zum Gedächtnis an die Toten des Weltkrieges, in dessen Granatfeuer die Volksgemeinschaft aller Menschen deutschen Blutes gebildet wurde. So wie damals Offizier und Mann, Arbeiter und Akademiker aus einem Kessel speisten, so vereint uns auch heute einmal im Monat das Entopfemahl zu einer Gemeinschaft, die keine Unterschiede der Klasse oder des Standes kennt.

Das Entopfemahl ist jedoch nicht nur eine schöne Geste, eine sentimentale Erinnerung an vergangene Zeiten, sondern es ist ein Opfermahl, in dem immer wieder aufs Neue der Gedanke der Volksgemeinschaft erlebt und verwirklicht wird.

Das Entopfemahl vereint bereits in vielen Städten Deutschlands an jedem ersten Sonntag im Monat zahlreiche Volksgenossen zu einem gemeinsamen Essen in einem öffentlichen Saal, Erwerbslose und hohe Beamte, Handwerker und Akademiker sitzen in bunter Reihe an einem Tisch.

Das Entopfemahl soll für diejenigen, die sich nicht täglich mit einem Entopfemahl begnügen müssen, ein gewisses Opfer sein. Darum hat es seinen Sinn verloren, wenn es so üppig zubereitet wird, daß es nur noch der Form nach ein Entopfemahl ist, und es hat auch keinen Sinn, wenn nicht das erparte Geld wirklich für die notleidenden Brüder geopfert wird. Das Entopfemahl ist die Fastenpeiße der deutschen Nation. So wie gläubige Christen sich zum heiligen Abendmahl im Dienste ihres Herrn und Heilandes vereinen, so feiert das nationalsozialistische Deutschland dieses Opfermahl als Gelübnis der unerschütterlichen Volksgemeinschaft.

Gesetz über die Grund- u. Hauptschule

ild. Karlsruhe, 30. Jan. Das Staatsministerium hat unterm 29. Januar 1934 ein weiteres höchwichtiges Gesetz über die Grund- und Hauptschule beschlossen. Die Wirksamkeit des Gesetzes, das in Nr. 7 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes verkündet wird, beginnt am 18. Januar 1934. Gleichzeitig trat die Vorschriften des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 außer Kraft. Das Unterrichtsministerium wurde mit dem Vollzug des Gesetzes beauftragt.

Das Gesetz gliedert sich in neun Abschnitte und 58 Paragraphen der grundlegende § 1 betrifft die

Aufgabe der Grund- und Hauptschule

und besagt:

1) Die Grund- und Hauptschule hat die Aufgabe, den Jugendlichen auf dem Baugrund von Blut, Boden, Volksgemeinschaft und Religiosität zum charaktervollen deutschen Menschen zu erziehen und ihn zum verantwortungsbewußten deutschen Staatsbürger von hingebender Pflichterfüllung im Dienste der deutschen Volksgemeinschaft heranzubilden.

2) Die Grund- und Hauptschule fördert zu diesem Zwecke die Entwicklung der Jugend durch artgemäße und planmäßige Übung der körperlichen, seelischen und geistigen Kräfte und unterweist die Jugend in den für das Leben nötigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten.

Nach § 2 umfaßt die Grundschule die Schuljahre 1-4, die Hauptschule die Schuljahre 5-8.

Nach § 3 hat der Unterricht nachstehende Gegenstände zu umfassen:

a) in der Grundschule: Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen, Heimatkunde, Singen, Leibesübungen; für die Mädchen — soweit möglich — weibliche Handarbeit.

b) in der Hauptschule: Religion, Deutsch mit Volkstunde, Geschichte auf östlicher Grundlage, Heimat- und Erdkunde, Rechnen und Raumlehre, Natur- und Lebenskunde (einschließlich Hauskunde), Zeichnen und Musik, nach Möglichkeit Wertunterricht, Leibesübungen, für Mädchen auch weibliche Handarbeit.

Die Einrichtung von freiwilligem Unterricht in fremden Sprachen an den Hauptschulen mit erweiterter Unterrichtszeit oder verlängerter Schulzeit bedarf der Genehmigung des Unterrichtsministeriums.

Die Zahl der wöchentlichen Pflichtunterrichtsstunden soll in der Grundschule mindestens 16, in der Hauptschule mindestens 20 und höchstens 32 für die einzelnen Klassen betragen.

Der Unterricht in der Grund- und Hauptschule wird allen schulpflichtigen Kindern gemeinschaftlich erteilt, mit Ausnahme des Religionsunterrichts, sofern die Kinder verschiedenen religiösen Bekenntnissen angehören. (§ 4)

Für Kinder, die nach ärztlichem Gutachten infolge ihrer Veranlagung eine besondere Fürsorge erfordern, können durch die Gemeinde Hilfstassen oder Hilfschulen errichtet werden (§ 5).

In gleicher Weise können für Kinder, die nach ärztlichem Gutachten infolge körperlicher Leiden am Unterricht nicht in vollem Umfang teilnehmen können, oder die zum Besuch der Volksschule nicht angehalten werden können, oder davon befreit oder ausgeschlossen sind, besondere Einrichtungen getroffen werden.

Die §§ 6-10 handeln von der Schulpflicht, die acht Jahre dauert. Sie beginnt, falls das Reich nichts anderes bestimmt, am 1. August mit dem Anfang des Schuljahres für alle Kinder, welche bis zum nächstfolgenden 30. April das 6. Lebensjahr vollendet haben, und endet mit dem Schluß des Schuljahres für alle Kinder, welche bis zum nächstfolgenden 30. April das 14. Lebensjahr vollenden. Kinder, die in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli das 6. Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Erziehungsbehörde unter gewissen Voraussetzungen zu Beginn des Schuljahres aufgenommen werden.

Die §§ 11 bis 17 regeln den

Schulaufbau.

Die Errichtung und die Aufhebung von Grund- und Hauptschulen erfolgt durch Entschließung des Unterrichtsministeriums. In jeder politischen Gemeinde soll eine einzige Grund- und Hauptschule bestehen. Das Unterrichtsministerium kann aus erheblichen Gründen gestatten, oder nach Anhörung des Bezirksrats anordnen, daß für mehrere Gemeinden oder für Abteilungen einer Gemeinde zusammen mit einer anderen ganzen Gemeinde oder Teilen derselben eine Grund- und Hauptschule

gemeinsam gehalten werde. Die Vereinigung mehrerer bestehender Grund- und Hauptschulen zu einem Schulverband ist dann zulässig, wenn sich die Vereinigung ohne Neuerrichtung von Schulgebäuden oder Erweiterung bestehender Schulgebäuden durchführen läßt und wenn der Weg zur gemeinsamen Schule für die Schüler der bisher getrennten Schulen nicht zu weit ist und keine besonderen Schwierigkeiten oder Härtslichkeiten bietet.

In der für alle schulpflichtigen Kinder gemeinschaftlichen Grund- und Hauptschule soll auf das religiöse Bekenntnis, der die Schule besuchenden Kinder im Umfange des § 4 tunlichst Rücksicht genommen werden. Die Erteilung des Religionsunterrichts wird gewährleistet. An jeder getrennt unterrichteten Abteilung einer Grund- und Hauptschule wird für den Religionsunterricht die nötige Stundenzahl in den Lehrplan aufgenommen. Der Religionsunterricht wird durch die Religionsgesellschaften besorgt und überwacht. Sie werden bei Erteilung desselben durch dazu befähigt: erklarte Lehrer unterstützt. Der Lehrplan für den Religionsunterricht, der Lehrstoff und die Auswahl der Lehrbücher werden im Einvernehmen mit den obersten Kirchenbehörden festgelegt. — Die §§ 18, 19 und 20 beziehen sich auf die Schulbehörden.

Die örtliche Aufsicht über die Grund- und Hauptschule wird durch das örtliche Schulamt geführt, dessen Leiter der dienstführende Lehrer ist. Zur Beaufsichtigung einer größeren Anzahl von Grund- und Hauptschulen werden Kreis- und Stadtschulämter mit einem Vorstand und der nötigen Zahl von zweiten Beamten bestellt.

Die §§ 21-34 beziehen sich auf den Lehrerberuf und die Lehrerpersönlichkeit. Als Lehrer der Grund- und Hauptschule darf nur berufen werden, wer die durch Verordnung des Unterrichtsministeriums besonders geregelte Vorbildung besitzt und die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rüchhaltig für die deutsche Volksgemeinschaft und den Nationalsozialistischen Staat eintritt. Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nicht arischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Lehrer berufen werden. Lehrer, die mit einer Person nicht arischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen. Auf die Lehrer der Grund- und Hauptschule finden die beamtenrechtlichen und besoldungsrechtlichen Vorschriften, welche für badische Staatsbeamte gelten, Anwendung, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt. Das Gleiche gilt für die Lehrerinnen mit den Einschränkungen der für weibliche Beamte geltenden Sonderbestimmungen. An jeder Grund- und Hauptschule sind so viele Lehrer anzustellen, daß auf einen dauernd nicht mehr als 70 Schulkinder kommen. Die zur Befriedigung eines dauernden Bedürfnisses errichteten Lehrstellen sollen in der Regel mit Hauptlehrern besetzt werden. Mit nichtplanmäßigen Lehrern sollen an Grund- und Hauptschulen mit 2-6 Lehrstellen nur eine, bei 7-13 Lehrstellen nur 2, bei 14-20 3, bei 21 bis 27 4 Stellen usw. besetzt werden. In der Regel haben an der Grund- und Hauptschule alle Lehrer 32 Unterrichtsstunden in der Woche zu erteilen. Den Lehrern ist gestattet, den Organisationsdienst nach Maßgabe der für Besorgung von Nebenbeschäftigungen durch Beamte allgemein geltenden Vorschriften zu übernehmen. Die §§ 35-40 handeln von der

Schulpflicht, deren Aufgabe es ist, einen geordneten äußeren Schulbetrieb aufrecht zu erhalten. Sie wird von der Schulgesetzgebung gebildet, die ein Gemeindeorgan ist, und der angehören: der Bürgermeister oder ein von ihm beauftragter Stellvertreter als Vorsitzender, der Leiter des Schulamtes, der Ortspartei von jedem in der Schulgemeinde vertretenen Bekenntnisse, für welches Religionsunterricht eingerichtet ist, sowie 2-4 Mitglieder des Gemeinderats, welche vom Bürgermeister ernannt werden. — Die §§ 41-51 enthalten die Bestimmungen über den Schulaufwand. Der persönliche Aufwand für die Grund- und Hauptschulen wird, soweit er durch die Vorschriften dieses Gesetzes geboten ist, von der Staatskasse getragen; soweit er dadurch entsteht, daß auf Antrag einer Gemeinde an einer Grund- und Hauptschule Lehrstellen über das gesetzliche Maß hinaus errichtet werden, fällt er der Gemeinde zur Last. Der sachliche Aufwand für die Grund- und Hauptschulen wird von der Gemeinde getragen. — Die §§ 52 und 53 betreffen die Ausbildung des Lehrberufes an nichtstaatlichen Anstalten. — Der Schlußteil des Gesetzes (§§ 54-58) enthält die Vollzugsbestimmungen.

Die Freunde und Helfershelfer des Doppelmörders Franz Zwinger vor Gericht

ild. Karlsruhe, 31. Jan. Das Karlsruher Schöffengericht verhandelte am heutigen Mittwoch gegen den Hilfsarbeiter Heinrich Vogel, den Tagelöhner Otto Geiger, den Bäcker Erwin Vogel, den Maurer Friedrich Lohner und dessen Ehefrau Katharina Lohner, alle aus Karlsruhe, die angeklagt waren, an dem Einbruchsdiebstahl des 23jährigen Schlossers Franz Zwinger aus Straßburg, die von Juni bis Oktober letzten Jahres im Hardwald verübt wurden, beteiligt gewesen zu sein sich der Hehlerlei schuldig gemacht und den Mörder Zwinger auf seiner Flucht begünstigt zu haben. Es handelt sich um Einbrüche in das Vereinshaus des Fußballclubs Union, in das Lager eines Geflügelhändlers in der Ostendstraße, in die „Fliegerklaus“, das Waldheim der Hitlerjugend und in das Schützenhaus, wobei Lebensmittel, Haken, Hühner, Gewehre, Matratzen, ein Fernglas, Bettdecken und Bargeld erbeutet wurden.

Bei einer am Morgen des 5. Oktober von der Kriminalpolizei durchgeführten großangelegten Razzia wurde Zwinger mit seinem Komplizen Ott im Fasanengarten von drei Kriminalbeamten gefasst. Zwinger gab mehrere Schüsse ab, durch die Kriminalkommissar Kumpf getötet und der Kriminalassistent Kuch verletzt wurde. Während Ott festgenommen werden konnte gelang es Zwinger zu flüchten. Er begab sich zunächst in die auf dem Neureuther Feld gelegene Hütte des Lohner, in der er sich umgibt und mit einem Fahrrad Lohners die Flucht fortsetzte. Zwinger ist zunächst nach Frankreich entkommen. Von Paris entwich der Mörder nach dem Saargebiet. Als saarländische Gendarmenbeamte ihn festnehmen wollten, erschoss er einen zweiten Beamten. Am letzten Freitag hat ihn das Schöffengericht verurteilt. Er wurde im Kampf mit saarländischen Polizeibeamten erschossen. Die Angeklagten waren bekannt mit Zwinger und mit seinem Treiben vertraut. Die Angeklagten Vogel und Geiger wirkten bei den Diebstählen mit, während die Eheleute Lohner sich von dem Diebesgut geben ließen. Die gestohlenen Sachen wurden zum Teil in der Hütte Lohners aufbewahrt. Die Lohner Eheleute verschwiegen den Kriminalbeamten, daß der flüchtige Zwinger am Tatmorgen in ihrer Hütte war, sich umgezogen hatte und mit Lohners Fahrrad die Flucht fortsetzte, wodurch die Verfolgung des Mörders erschwert wurde. Zum Teil gaben die Angeklagten ihre Verfehlungen zu. Der Staatsanwalt beantragte gegen Heinrich Vogel 5 Jahre Zuchthaus, gegen Erwin Vogel 2 Jahre Zuchthaus, gegen Geiger 2 Jahre Gefängnis, gegen die Eheleute Lohner je zwei Jahre Gefängnis.

Das Schöffengericht verurteilte Heinrich Vogel wegen gemeinsamen erschweren Diebstahls im Rückfall, sowie Personen-

hehlerlei zu vier Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Otto Geiger wegen schweren Diebstahls und Hehlerlei zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis, Erwin Vogel wegen Hehlerlei zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, Friedr. Ludwig Lohner wegen Hehlerlei im Rückfall und Begünstigung zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis und die Ehefrau Katharina Lohner wegen Hehlerlei, sowie Begünstigung zu einem Jahre Gefängnis.

Sterilisationsprozeß vor dem Offenburger Landgericht

ild. Offenburg, 31. Jan. Ausgrund einer Entschließung des Reichsgerichts wurde am 12. Mai 1933 der bekannte Sterilisationsprozeß der Kehler Aerzte Dr. Merk, Frau Dr. Bauer-Haus und Dr. Weber zur erneuten Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. In dieser Entscheidung heißt es u. a.: Das Urteil des Landgerichts Offenburg vom 16. Juni 1932 wird bezüglich derjenigen Fälle, in denen die Angeklagten wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurteilt worden sind, nebst den zugrundeliegenden Feststellungen, sowie hinsichtlich der Gesamtschuld aufgehoben; die Sache wird in diesem Umfange zur neuen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Dienstag vormittag hat nun unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sieurer die Verhandlung gegen den Med. Rat Dr. Merk, Frau Dr. Bauer-Haus und Dr. Weber wegen der bekannten Vorfälle begonnen. Es sind allerdings nur noch 11 Fälle, die zur erneuten Verhandlung stehen, 2 davon sind offensichtlich Abtreibungsfälle und in 3 Fällen der Körperverletzung war Frau Dr. Bauer-Haus beteiligt, davon wieder in den beiden Abtreibungsfällen, und Dr. Weber seinerseits in 2 Fällen der Körperverletzung. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Matzens, die Verteidigung des Angeklagten Merk hat Rechtsanwalt Renner-Rostatt und die der beiden übrigen Angeklagten Rechtsanwalt Schleyer-Kehl übernommen. Als Sachverständige sind Prof. Dr. Schwarzbacher-Heidelberg und Dr. Kreuter-Mainz erschienen.

Nach Feststellung des Lebenslaufes des Angeklagten Dr. Merk machte dieser zunächst allgemeine Ausführungen über die Art der erfolgten Sterilisationen und legte seine Gründe für deren Ausführung dar. Er halte die Sterilisation als solche nicht für strafbar, und er habe immer nur dann diesen Eingriff vorgenommen, wenn eine medizinische bzw. eine medizinisch- soziale Indikation nach seiner Ansicht vorlag. Er ist der Meinung, daß es so, wie er gehandelt hat richtig war, er würde auch heute nicht anders handeln. Es kamen dann die Fälle 6 und 19 zur Sprache. Es handelt sich um eine Frau mit Herzbeschwerden

und Kopf. Die Unterbrechung wurde prophylaktisch gemacht, um nachher eine Kropfoperation zu ermöglichen. Der zweite Fall betrifft eine Frau, die wegen Blinddarmentzündung behandelt worden war. Die Sachverständigen halten in beiden Fällen die Indikation für die Sterilisation nicht für gegeben. — Die Verhandlung geht weiter.

Kommunistische Flugblattverteiler

Freiburg i. Br., 31. Jan. Die Postdirektion teilt mit: Dienstag abend während des Anmarsches zur Kundgebung am dem Münsterplatz zur Feier des 30. Januar hat die illegale KPD. wieder einmal Gelegenheit genommen, Flugblätter mit aufreizendem Inhalt zur Verteilung zu bringen. Die gewöhnliche Art der Verbreitung machte es unmöglich, die Täter zu fassen. Die Postdirektion Freiburg sah sich deshalb veranlaßt, zur Unterbindung solcher Störungen der Staatsordnung zu einschneidenden Repressalien zu schreiten. Sämtliche aus Anlaß des Weihnachtsfestes zur vorläufigen Verurteilung aus den Konzentrationslagern entlassenen Angehörigen der KPD wurden noch abends wieder festgenommen.

Die Aktion der Karlsruher Landgemeinden gegen die Arbeitslosigkeit

ild. Karlsruhe, 31. Jan. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung haben die 30 Landgemeinden des Bezirkes Karlsruhe, die sich auf das Rheintal, die untere Hardt und das Pfinggau verteilen, insgesamt eine Summe von rund 600 000 RM. ausgeworfen, um überwiegend durch Kanalisation, Straßenbauarbeiten, Wadaufforderungen, Feldwegverbesserungen und Wasserlaufkorrekturen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit tatkräftig weiterzuführen. Diese Arbeiten können schätzungsweise in rund 150 000 Tagewerken erledigt werden. Zu den bedeutungsvollsten Projekten, die z. T. in Durchführung begriffen sind, gehören u. a. die Pfinglkorrekturen in den Gemeinden Graben, Gröchingen, Söllingen, Sagsfeld und Blankenloch, sowie der Rheindamm in der Gemeinde Forchheim.

Sechs Monate Gefängnis für unwahre Behauptungen

ild. Triberg, 31. Jan. Die verheiratete Maria Schmid in Triberg fandte Anfang November an ihren Sohn in England verschiedene Zeitungen, auf denen sie bemerkte, das Geld, das für die Winterhilfe gesammelt würde, würde für Kriegszwecke verwendet werden. Wegen Verbreitung unwahrer Behauptungen wurde sie zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Weltarbeitslosigkeit

ild. Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres ist nach der Arbeitslosenstatistik des Internationalen Arbeitsamtes im 4. Vierteljahr 1933 in 20 Staaten der Welt ein Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen. Deutschland verzeichnete im Dezember 1933 3 714 107 Arbeitslose gegen 3 555 428 im Dezember 1932. In Österreich ging die Arbeitslosigkeit von 329 707 im Dezember 1932 auf 300 426 im Dezember 1933 zurück. In Großbritannien stellten sich die Vergleichszahlen auf 2 849 025 im Vorjahr und 2 308 779 im letzten Dezember. In Dänemark ging die Arbeitslosigkeit zurück von 112 509 auf 90 389, in den Niederlanden von 161 000 auf 152 000, in Dänzig von 35 507 auf 25 486, im Saargebiet von 47 962 auf 37 196, in Frankreich von 293 816 auf 286 882 und in Italien von 1 038 757 auf 1 006 215. Auch in Australien, Portugal, Rumänien und Jugoslawien hat die Arbeitslosigkeit wesentlich abgenommen. Zugewonnen hat sie in Norwegen, Bulgarien, Neuseeland, Palästina, Polen, Tschechoslowakei und der Schweiz. In Amerika hat die Arbeitslosigkeit nach den Angaben des Gewerkschaftsbundes um 6,4 Millionen abgenommen.

Aus dem Gerichtssaal

Badisches Sondergericht Mannheim

Mannheim, 31. Jan. In der letzten Sitzung des Badischen Sondergerichts kamen folgende Fälle zur Erledigung: Karl Hohler und Albert Edelman aus Oberbach sind wegen Verbreitung ausländischer Zeitungen angeklagt. Hohlers Verurteilung seinen Schwager Edelman, der als Schiffer tätig ist, ihm von Amsterdamer eine verbotebene Zeitung mitschleppen. Dieler tauchte auch in Amsterdamer die „Trotte Presse“ und gab sie Edelman. Das Urteil des Sondergerichts lautet für Hohler ein Jahr, für Edelman auf fünf Monate Gefängnis. — Der 42jährige Waidhinerer Wilhelm Knobloch wohnt in Hagsfeld bei Karlsruhe, hat am 7. November v. J. eine verbotebene marxistische Flugblätter einem ihm bekannten Manne weitergegeben. In dieser wurde aufgefordert, bei der kommenden Wahl (12. November) mit Nein zu stimmen. Knobloch war Mitglied der SPD, und Vorsitzender der Ortsgruppe Hagsfeld der SPD. Vier Wochen war er früher einmal in Schubhaft. Der geständige Angeklagte erhielt eine Gefängnisstrafe von acht Monaten. — Der 1871 geborene Karl H. soll beleidigende Äußerungen über den Reichspräsidenten gemacht haben. Die Hauptzucht, nach zur Beleumdung, erschien zur Verhandlung nicht und entschuldigte sich mit Krankheit. Es ist schon das zweitemal, daß sie nicht zum Termin kommt. Das Gericht verurteilte einen Freispruch des Angeklagten.

Große Zechen mit fremdem Geld

Mannheim, 31. Jan. Der 1891 in Duisburg geborene verheiratete Kaufmann Friedrich Wilhelm Sträßer hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Untreue zu verantworten. Bei einer heimlichen Firma, bei der er als Abteilungsleiter für Düngemittel angestellt war mit einem Monatsgehalt von 750 RM. und freier Wohnung, vergriff er sich an Geldern, die von Tabakpflanzern für die Firma bei ihm abgeliefert wurden. In den letzten vier Jahren verschaffte er sich so einen Betrag von 17 908 RM. Das Geld wurde in frühlichen Gelegenheiten mit Zechen bis zu 300 RM. und Trinktgeltern von 20, 30 und noch mehr Mark umgelegt. Auf Grund eines pphiatrischen Gutachtens erkannte das Gericht mildernde Umstände zu und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und 300 RM. Geldstrafe.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Deutsch-polnische Verständigung in Zollfragen. Die polnische Zöl. A. teilt mit: Im Verlaufe der in Warschau geführten deutsch-polnischen Verhandlungen, deren Zweck die Liquidierung des seit Jahren bestehenden Zollkrieges ist, wurde in einer Reihe von Fragen eine Verständigung erzielt. Ueber die noch offenen Fragen werden die Verhandlungen weitergeführt, wobei auf beiden Seiten das Bestreben besteht, möglichst bald zur Übereinstimmung der gegenteiligen Ansichten zu gelangen.

Das amerikanische Schatzamt übernimmt das Gold der Reservebanken. Nach der Unterzeichnung des Währungsabkommens hat Präsident Roosevelt sofort die nötigen Anweisungen zur Übernahme der Goldbestände der Reservebanken durch das Schatzamt gegeben.

Baden

Amliche badische Dienstaufstellungen. Ernannt: Praktischer Arzt Dr. med. Theodor Kolbe in Karlsruhe zum Obermedizinalrat im Ministerium des Innern; Praktischer Tierarzt Dr. Julius Zimmermann in Kallst zum Veterinärarzt als Bezirksleiter in Kallst; die Gendarmeriehauptwachmeister Franz Hertel in Mädingen, A. Stöckel, und Paul Trint aus in Zell a. S., A. Drenburg, zu Gendarmerieoberwachmeistern; Oberregierungsrat Dr. Albrecht Sauer bei der Badischen Regierung in Berlin zum Ministerialrat; Rector Adolf Schuppel in Hornberg zum Kreisrichter in Willingen. — **Beziehen:** Die Amtsbezeichnung „Landrat“ dem Regierungsrat Karl Neumaier beim Bezirksamt Mannheim; die Amtsbezeichnung nichtplanmäßiger außerordentlicher Professor dem Privatdozenten Dr. Johann Böhm an der Universität Freiburg. — **Zugelassen als Rechtsanwält:** Die Gerichtsassessorin Wilhelmine Groß beim Landgericht Mannheim und Eugen Hant beim Landgericht Freiburg, Bürgermeister i. R. Ernst Bollmann beim Landgericht Konstanz, die Rechtsanwältin Dr. Frischauf beim Landgericht Karlsruhe, Dr. Trudbert Krieger beim Landgericht Pforzheim und beim Landgericht Karlsruhe, und David Kuschba beim Landgericht Pforzheim u. beim Landgericht Karlsruhe. — **In den Ruhestand:** Regierungsrat Rudolf Murmann beim Bezirksamt Karlsruhe, Oberrechnungsrat Albert Hollritt beim Ministerium des Innern, Polizeihauptwachmeister Richard Ernst in Heidelberg, Polizeikommissar Albert Groß in Singen a. S., Polizeikommissar Paul Wehner in Karlsruhe, Polizeioberwachmeister Peter Sauer in Mannheim, Polizeihauptwachmeister Emil Böhm in Karlsruhe, Kriminalsekretär Karl Lampe in Heidelberg.

Karlsruhe, 31. Jan. (Die badische Landeshauptstadt) Förderndes Mitglied der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Als erste Gemeinde in Baden ist die Landeshauptstadt Karlsruhe der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ als Förderndes Mitglied beigetreten.

Karlsruhe, 31. Jan. (Bersehung.) Mit dem heutigen Tage ist der langjährige Leiter des Postämtes Karlsruhe, Postdirektor Müller, von Karlsruhe geschieden, um bei der Oberpostdirektion Frankfurt a. M. einen neuen Posten anzutreten. Direktor Müller ist als Vorsitzender des Kreisvereins der früheren deutschen Nationalen Volkspartei in Karlsruhe weiteren Kreisen bekannt geworden.

Karlsruhe, 31. Jan. (Referent für Pachtflächen.) Der Landesbauernführer hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Verbandes badischer Gutspächter, Otonomierat Otto Viehauer in Freiburg i. Br., mit der Führung der Geschäfte des Pachtreferates in der Hauptabteilung 1 der Landesbauernschaft Baden betraut.

Etlingen, 31. Jan. (Todesfall.) Hier verstarb der in weiten Kreisen unserer badischen Heimat bekannte und erprobte Musikpädagoge Studentrat a. D. Karl Hofmayer im Alter von 72 Jahren. Ueber drei Jahrzehnte wirkte er am fröhlichen hiesigen Lehrerseminar als Musiklehrer.

Heidelberg, 31. Jan. (Studenten und Arbeiter.) Zusammen mit der Führung der Universität hatte die Heidelberger Studentenaktion zum Dienstag, den 30. Januar, 300 Arbeiter und Erwerbslose zu einem Aufmarsch in der Mensa eingeladen. Umrahmt von einer schlichten Feier sollten hier die Arbeiter, Studenten und Professoren gerade am Tage der einjährigen Wiederkehr der Machübernahme zusammenkommen, um das zu betätigen, wofür sie während eines Jahres gekämpft haben und auch weiterhin kämpfen werden: Die Verbindung der Arbeiter der Faust und der Stirn in einem deutschen Sozialismus.

Heidelberg, 31. Jan. (70 Jahre alt.) Am Dienstag vollendete der verdiente frühere Führer der badischen Turnerschaft und Ehren-Gauvertreter, Direktor Daniel Weiß, sein 70. Lebensjahr.

Kappel-Gutachbrüde, A. Neustadt 31. Jan. (Totschlag.) Am Montag kam es in der Bahnhofswirtschaft und später auch außerhalb der Wirtschaft zu Streitigkeiten zwischen dem 32jährigen Kaufmann Friedrich Brenmayer und einem gewissen Dietrich aus Kappel. Im Verlaufe drang Brenmayer mit einem Prigel auf seinen Gegner ein. Dieser wand ihm das Holz aus der Hand und schlug Brenmayer mehrere Male auf den Kopf. Brenmayer war sofort tot. Der Täter wurde verhaftet und ins Amtsgefängnis Neustadt verbracht.

Kehl, 31. Jan. (Bahnhofsmission.) Am etnem schon längst vorhandenen Bedürfnis nachzukommen, ist in Kehl als Grenzpost und Hauptübergangsstelle nach Frankreich eine Bahnhofsmission ins Leben gerufen worden. Träger ist der Verband der Freundinnen junger Mädchen.

Hornberg, 31. Jan. (Erscheinen eingestellt.) Die seit 8½ Jahren im Verlag von Wilhelm Kuppert herausgekommene „Hornberger Zeitung“ hat ihr Erscheinen eingestellt.

Zunweier, A. Dffenburg, 31. Jan. (Wiedereröffnung.) Die Firma Faust, Zigarrenfabriken in Oberhofsheim, hat hier wieder einen Filialbetrieb eröffnet. Sämtliche weibliche Zigarrenarbeiterinnen konnten wieder Beschäftigung finden.

Freiburg, 31. Jan. (Von der Universität.) Der ordentliche Professor an der Universität Freiburg, Dr. Hermann Heimpel, hat einen Ruf an den in Leipzig freige worden Lehrstuhl für mittelalterliche Geschichte erhalten.

Waldshut, 31. Jan. (Brandstifter.) Das Schwurgericht Waldshut verurteilte den 29 Jahre alten ledigen Dienstknecht H. Krüger aus Lehrte wegen Brandstiftung zu vier Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Krüger hatte in der Nacht vom 8. zum 9. August 1933 das Anwesen der ledigen Anna Brunner in Bürglen, Gemeinde Weilheim, angezündet, sodas das ganze Delonnie- und Wohngebäude niederbrannte. Der Angeklagte hat die Tat wohl aus Rache begangen, da er mit einem Heiratsantrag von der Besitzerin des Anwesens abgewiesen worden war.

Hofwertzeichen. Die Deutsche Reichspost läst künftig alle Freimarken auf Papier mit dem Wasserzeichen Hakenkreuz drucken. Sie gibt auch wieder Postkarten mit Ant-wortkarte zu 5 u. 5 Pf. für den Ortsverkehr aus, die bei denjenigen Postanstalten zum Verkauf bereitgehalten werden, bei denen ein Bedürfnis vorhanden ist.

Wetternachrichtendienst

Wetter für Freitag

Die Wetterlage wird durch Hochdruck über Großbritannien und einer Depression über Italien gekennzeichnet. Infolge maritimer Luftströmungen ist für Freitag vielfach bedecktes, zu leichteren Niederschlägen geneigtes, mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Trachtenfest des W.S.W.

Am Samstag, den 3. Februar, also noch in dieser Woche, findet die nächste Sonderveranstaltung des Winterhilfswerks zugunsten der zahlreichen Bedürftigen statt, die in hiesiger Stadt zu betreten sind. Als Form wurde — in gedanklicher Fortsetzung der ersten derartigen Veranstaltung, die in die Gebiete nördlich von Karlsruhe führte — eine „Reise in den Schwarzwald“ gewählt, wo die Teilnahme an einem Dorffest Gelegenheit bietet, das Leben und Treiben, die Sitten und Gebräuche unserer Schwarzwälder Landsleute zu zeigen. Den Besuchern dieser Veranstaltung wird in einer Art von Trachtenschau die Schönheit der Trachten aus allen Teilen des Gebirges vorgeführt werden. Auf die Pflege der geschichtlich gewordenen bodenständigen Trachten legt gerade auch die heutige Regierung großen Wert, sodas mit der Trachtenschau ein heimatsgeschichtlich bedeutungsvoller Zweck verbunden wird. Das farbenfrohe Bild wird erhöhten Glanz erhalten durch weitere Zeugnisse von Schwarzwälder Kunstsinne und Gewerdefleiß: Eine Reihe von Allgen werden zu sehen sein, und zwar solche aus Ettlingen, Peterstal, Unter- und Oberharmersbach, sowie Waldkirch und von der Insel Reichenau. Die Trachtenschau wird einen gewissen, wenn auch natürlich leineswegs erschöpfenden Ueberblick über Schwarzwälder Trachten und Allgen darbieten, sodas schon aus diesem Grunde von einem Trachtenfest, einem echten, bodenständigen Heimatfest, gesprochen werden muß. Auch die Darbietungen weisen als geistigen Mittelpunkt durchaus den Schwarzwald und Oberbaden auf, Musik und Tanz, Gesang und Reigen tragen echtes, heimatisches Gepräge. Die ganze Veranstaltung darf nicht mit einer Faschingsaufführung verwechselt werden, sondern verfolgt den begrüßenswerten Zweck, im Rahmen eines Dorffestes Heimatbild und Brautstum unserer Gebirgler aufzuzeigen und damit die Liebe und Anhänglichkeit an die schöne Heimat zu vertiefen und zu stärken.

Bei günstigen Wetter ist am Samstag nachmittag um 3¼ Uhr ein Aufmarsch durch die Stadt geplant. Bürgermiliz und Schwabenerverein stellen sich am „Friedrichsplatz“ in der Weingartenerstraße auf und begeben sich unter Vorantritt einer Musikkapelle durch die Dörs Hiltelstraße, die Quer- u. Kallfeldstraße in die Birkenstraße, um die Fahne einzuholen, die dann auf ähnlichem Wege in die Dürbachstraße verbracht werden. Dort werden um 19.45 Uhr die Allgen antreten, um mit Musik die Fahne in die „Festhalle“ zu geleiten. Um 8 Uhr wird die Veranstaltung ihren Anfang nehmen.

Der Festhallaesal wird einen würdigen Rahmen zu dem farbenreichen Bild bieten; er wird einen Schwarzwälder Dorfpark darstellen, den Mittelpunkt des dörslichen Geschehens und Lebens. Hier werden sich die Darbietungen des Abends abspielen; hier wird auch in kleinen Lauben Gelegenheit sein, sich der guten Erzeugnisse des Schwarzwaldes und des ganzen Oberlandes in anderer Hinsicht zu erfreuen. Für heute sei nur gesagt, das für beste Bewirtung gesorgt ist und das diese auch einen heimattlichen „Anstrich“ erhalten wird.

Die Besucher werden gebeten, zur Vervollständigung des schönen Bildes möglichst auch in Trachten zu erscheinen; auch außerbadische Trachten sind willkommen. Dagegen können Kostüme, die sich nicht in den vorgesehenen Rahmen einfügen, nicht zugelassen werden. Auch Wandernagel, Touristenkleidung, Dirndl u. a. bilden eine zwanglose Abrundung des Dorffestes.

Die Eintrittspreise betragen 1,50 M für Herren und 1.— M für Damen; weitere Eintrittspreise im Innern des Saales werden nicht erhoben, ebensowenig ein Tanzgeld. Im Vergleich zu anderen Veranstaltungen können die Preise nur als mäßig bezeichnet werden, sodas weiten Bevölkerungskreisen die Möglichkeit geboten ist, zu dem guten Zwecke des Abends beizutragen, um das W.S.W. in stand zu setzen, auch weiterhin seinen Aufgaben gerecht zu werden. Der Vorverkauf hat in den letzten hier genannten Geschäften begonnen; die Bevölkerung ist herzlich eingeladen, sich an den Bemühungen des Winterhilfswerks eifrig zu beteiligen.

Der kürzeste Monat

Der Februar, altddeutsch Hornung genannt, der zweite Monat des Jahres, ist zugleich sein kürzester. Große Dinge gehen bei diesem Monat, wenn er auch nur 28 Tage hat, und wenn auch kein Schaltjahr ist, in dem die Bedauernden, die am 29. Februar geboren sind, endlich wieder einmal nach vier Jahren zu ihrem Rechte kommen. Da ist gleich am 2. Februar Lichtmeß der Tag, an dem nach altem Volksglauben die Nacht des Winters gebrochen wird. Die Tage werden länger, langsam erwacht die Natur, und ein alter Bauernspruch besagt: „Lichtmeß im Schnee, Otern im Ales“. Die Tage werden im Verlaufe des Februars um ganze 90 Minuten länger, die Sonne wagt sich bereits kräftiger vor, und die Lichtrechnungen werden kleiner. Die ersten Wochen des Februars bilden den Höhepunkt des Faschingsstrebens. Da finden Umzüge und Festlichkeiten statt der Scheffler-Tanz in München, der Böttcher-Tanz in Frankfurt a. M., der Metzger-Tanz in München, der Korjo in Rom die Blumenfeste in Cannes und Nizza, die glänzenden Faschnachtszüge am Rhein, besonders in Köln, und der Umzug des Boeuf Gras (Faschingssohnen) in Paris.

Woher kommt der Name Februar? Er leitet seinen Namen ab von dem lateinischen februare, das soviel wie Reinigen heißt. Februar war das große Reinigungs- und Säuberfest der Römer. Februus war ein ertrurischer Gott der abgestorbenen Seelen, den das Reinigungsfest geweiht war. In dem altromischen Jahr vor zehn Monaten feierte der Februar, und als seit Numa Pompilius die Einteilung des Jahres in zwölf Monate erfolgte, wurde er anfangs als der letzte Monat gezählt, so das auch in ihm die Einfügung des Schalttages erfolgte. Der altddeutsche Name des Februars, Hornung, kommt daher, das in diesem Monat die Hirche ihr Geweih abwerfen. (Hornung gleich „kleiner Horn“ im Gegenjah zum Januar gleich „großer Horn“.)

Der Bauer beobachtet im Februar besonders scharf, weil nach alter Erfahrung das Wetter in diesem Monat von starker Einwirkung einmal auf den weiteren Witterungsablauf, dann aber auch von mancherlei Bedeutung für das Erntejahr ist. Es gibt für den Februar eine reiche Zahl von Bauernregeln, die das Februarwetter mit den Hoffnungen und Erwartungen für die kommenden Vorfrühlingsmonate in Verbindung bringen. — Wenn es zu Lichtmeß stürmt und tobt, der Bauer sich das Wetter lobt. — Allgemeine Bauernregeln sind: Wenn die Hasen lustig springen, hoch in Lüften Lerchen singen, wird's uns Frost und Kälte bringen. — Wenn die Röhre im Februar in der Sonne liegt, im März sie wieder hinter den Osen kriecht. — Wenn der Hornung gnädig macht, bringt der Fez den Frost bei Nacht. — Wenn im Hornung die Mäden geigen, müssen sie im März schweigen.

Gedenket der hungernden Vögel!

Auch sie bedürfen der Winterhilfe!

Aus Stadt und Land

Durlach, 1. Febr. Am heutigen Tage begeht Herr Georg Bühler, Ballertorstraße 56, in körperlicher und geistiger Frische den 70. Geburtstag. Dem alten treuen Abonnementen entbieten auch wir herzliche Glückwünsche.

Durlach, 1. Febr. Am morgigen Freitag, 2. Februar, kann Herr Karl Hill in körperlicher und geistiger Frische seinen 75. Geburtstag feiern. Das Geburtstagskind ist in hiesigen Kreisen wegen seines unverwundlichen und unerschöpflichen Humors eine beliebte und gern gelesene Persönlichkeit. Ein Ansturm im wahren Sinn des Wortes. Unsere herzliche Gratulation zum Geburtstag, verbunden mit dem Wunsch, das er seiner Familie und uns, seinen Freunden, noch recht lange erhalten bleibe und uns noch recht oft mit den Fetten seines köstlichen Humors erfreuen möge. Karle bring Dein Schnitzstuck mit.

Durlach-Voc, 1. Febr. (Ehrung.) Vor einem grauen Haupte sollst du aufstehen und das Alter ehren. — Der Gesangsverein „Liedertafel“ hat heute Anlaß zur besonderen Freude. Sein ältestes Mitglied und Ehrenmitglied, Herr Val. Leih, alt, kann heute bei guter Gesundheit seinen 80. Geburtstag feiern. Die großen Verdienste des ehrwürdigen Jubilars wurden bereits in der getrigen Ausgabe herangezogen. In aufrichtiger Verehrung und Dankbarkeit gedenkt der Verein der vorbildlichen Treue bis ins hohe Alter des lieben Vereinsameraden. Treue um Treue führt die Sängerschaft heute abend um 8 Uhr vor der Probe zusammen, um ihrem greisen Jubilare die verdiente Ehrung zuteil werden zu lassen. Den vielen Glückwünschen für den treuen Bürger schließt sich auch der Ges. Verein Liedertafel an.

Harmonie führt uns zusammen,
Harmonie hält uns vereint
D., das sie jeden Mai erblich
Der Menschenglück, die Harmonie.

25jähriges Dienstjubiläum.
Auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma August Erb, Kurz-, Weiß- und Wolllwaren, Karlsruhe, Kaiserstr. 115, kann heute Fräulein Paula Veier zurüchbliden. Fräulein Veier besitzt nicht nur das vollste Vertrauen ihres Chefs, welcher ihr in Anerkennung ihrer hervorragenden Leistungen und Kenntnisse, sondern erfreut sich auch der Wertschätzung des gesamten Personals. Bei dem großen Kundentreis der Firma genießt Fräulein Veier ebenfalls großes Ansehen und ist außerordentlich beliebt, insbesondere durch ihr zuvorkommendes Wesen und nicht zuletzt durch ihre außerordentlichen Kenntnisse und reichen Erfahrungen. — Wir entbieten Fräulein Veier unsere herzlichsten Glückwünsche.

Ergiebiger Schneefall

Der Winter scheint in diesem Jahr keineswegs so schnell seine Vormachtstellung aufgeben zu wollen, wie dies der neu eingetretene Schneefall beweist. Zur Freude der jungen und alten Wintersportfreunde hat Frau Halle wieder einmal ihre Betten geschüttelt und uns einen Schnee beschert, der geeignet ist, den Wintersport nunmehr auch in der Turnberggegend auszuüben. Schlitten, Kodel und Schneehube heraus zum gefunden, fröhlichen Wintersport!

Durlach, 1. Febr. (Liedertranz Durlach.) Auf die heute abend im Vereinslokal „alte Residenz“ stattfindende Jahresversammlung des Durlacher Liedertranzes sei auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen mit der Bitte, um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder.

Durlacher Filmschau



Schwarzwaldshönheiten aus der ersten deutschen Heimatoperette „Schwarzwaldmädel“ des Neuen Deutschen Lichtspieljubilats!

Durlach, 27. Jan. Der Feuerbestattungsverein Durlach e. V. hielt am Sonntag, den 21. ds. Mts., seine Jahressammlung im Galthaus zum Kranz ab, die einen überaus guten Besuch aufzuweisen hatte.

Der Vereinsführer, Herr Hauptlehrer a. D. Herrn. Kasper, begrüßte die Erschienenen in üblicher Weise und gab die Tagesordnung bekannt. Er erstattete den sehr umfangreichen Jahresbericht, gedachte der verstorbenen Mitglieder, und ging zur Ehrung zweier noch lebender Gründer des Vereins über. Es sind dies die Herren Albrecht Hoffmann, Registrator a. D., und Friedrich Lindner, Friedhofverwalter a. D. Der Vereinsführer erstattete ihnen den Dank des Feuerbestattungsvereins und gab der Hoffnung Ausdruck, das sie noch recht lange Jahre ihre Kräfte wie bisher der Feuerbestattungsbewegung widmen mögen. Als äußeres Zeichen des Dankes überreichte er ihnen die mit entsprechender Widmung versehene Feuerbestattungsmedaille. Herr Hoffmann erhielt außerdem als langjähriger Vorstand eine künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunde.

Die vom Großdeutschen Verband für Feuerbestattungsvereine ausgearbeiteten neue Satzungen, die jetzt für alle Vereine bindend sind, wurden bekanntgegeben. Diese, sowie die Mitteilung, das die nationalsozialistische Regierung (entgegengeleitet andern Ausstellungen von gewisser Seite) die Feuerbestattung als allgermanische Sitte fördere und schütze, wurde von der Versammlung lebhaft begrüßt.

Der vom Rechner, Herr Otto Eggenberger, vorgelegte Rechenschaftsbericht zeigte am besten den Aufschwung des Feuerbestattungsvereins. Die Kasse wurde von den Kassier-

prüfen und einem beidigten Kassenrevisor geprüft, und wie bisher in tadelloser Ordnung befunden. Die Versammlung erteilte auf Antrag des Rechnungsprüfers, Herr W. Bossert, dem Rechner einstimmige Entlastung. Herr Weikel sprach dem gesamten Vorstand für die überaus großen Arbeiten des Berichtsjahrs 1933 den Dank der Versammlung aus.

Die weiteren Verhandlungen waren interner Natur, die Debatten zuweilen recht lebhaft und lehrreich. Dem Wirt Herr Kaspar Strubel gebührt hinsichtlich der Saalheizung und Bewirtung wohlverdienter Dank.

Badisches Staatstheater.

Die „Tänze nach klassischer Musik“ unter der choreographischen Leitung Valeria Kratinas, die mit dieser Aufführung den „großen Tanagerfolg“ dieser Spielzeit erzielte, gelangen heute Donnerstag, den 1. Februar zum vorletzten Mal zur Wiederholung. Wiederum finden sich in den 6 Abteilungen des ersten Programms die großen Namen eines Bach, Gluck, Händel, Mozart, Joh. Strauß und Vivaldi. Die Tänze und pantomimischen Szenen werden, wie in den vorausgegangenen Aufführungen von Valeria Kratina, den Damen Kuhlmann, Kay, Silberborth, Widmann, den Herren Mayer, Michutta und der gesamten Tanzgruppe ausgeführt.

Vuntes Allerlei

Ein Hase mit Bargeld gesucht!

Anweit von Bielefeld, im Teutoburger Wald, gibt es einen Hosen, der über das immerhin nicht zu verachtende Kapital von 800 RM verfügt. Wie Meister Lampe zu dieser Summe gekommen ist? Kürzlich lehrte eine Bauersfrau, die in Bielefeld den Markt besucht hatte durch den Wald in ihr Heimatdorf zurück. Plötzlich bemerkte sie dicht am Wege einen fetten Hosen, der sich in einer Schlinge gefangen hatte. Das war ein willkommenes Braten. Rasch zog die Bäuerin die wollene Strickjacke, die sie über ihren Kleidern trug, aus, warf sie dem Hosen über und machte sich daran, die Schlinge zu lösen. Dabei benutzte aber Meister Langohr einen günstigen Augenblick um zu entweichen, und zwar mit der Tüte, in deren einer Tasche sich ein Betrag von 800 RM befand, den die Bäuerin sich am Morgen von der Sparkasse geholt hatte. Die so schöne Beifolgebene machte Mitteilung von ihrem Verlust bei der nächsten Försterrei, und leidet hat eine allgemeine Suche nach dem Rest des einzigen Hosen, wohl auf der ganzen Welt eingeleitet, der sich des Besitzes von baren 800 RM erfreuen kann. Allerdings dürfte ihm die warme Wolljacke in den kalten Wintertagen noch wertvoller erscheinen.

Humor und Lachen

Geistesgegenwärtig
Mutter, die ihr Kind beim Rauchen ertappt hat: „Was würdest Du sagen, wenn Du Deinen kleinen Jungen über der Dornia drehst?“
Bubi: „Ich würde sagen, ich mal fertig lieber Junge, und ich Dir's recht gut bekommen!“

Geschäftstüchtig
„Wer redet da nur andauernd im Laden, es ist doch gar kein Kunde da?“
„Das ist der Chef, der raftiert sich selber.“
„Und mit wem redet er da?“
„Mit niemand. Er probiert nur, sich selber zum Kauf einer Flasche Haarwasser zu überreden.“

Unherkömmliches Ereignis
Käufer: „Und noch eins: Ich möchte den Wagen gleich bar bezahlen. Wiedel geben Sie mir in diesem Fall Skonto?“
Verkäufer: „Ja, mein Herr, da müssen Sie wohl noch einmal wiederkommen. Ihr Ansuchen ist so ungewöhnlich, daß ich im Interesse meiner Firma erst eine Auskunft über Sie einholen muß.“

Ab heute u. folgende Tage 6⁰⁰ u. 8⁰⁰
Die erste deutsche Heimatoperette aus unserem herrlichen Schwarzwald
Maria Beling, Hans Söhner, W. Jannsen in

„Schwarzwaldmädels“

frei n. d. Operette v. A. Neidhart,
Musik: Leon Jessel
Bekannt gutes Beiprogramm.
Neue BAVARIA-Tonwoche.
(Jugendliche halbe Preise.)
Vorstellungen: 6⁰⁰ und 8⁰⁰

Markgrafen-Theater

Deutscher Werkmeisterverband
Ortsgruppe Durlach.
Uniere
Monatsversammlung
findet umhändelhalber am Sonntag, 4. Februar, vormittags 10 Uhr im Lokal zur Traube statt. Hierbei werden die ab 1. Februar geltenden neuen Beiträge bekannt gegeben. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß am Dienstag, 6. Februar, abends 8 Uhr im Saale zur Blume eine Versammlung sämtl. hiesiger Angestellten-Verbände mit Angehörigen stattfindet, wozu noch besondere Einladungen ergehen. Zu beiden Veranstaltungen erwartet vollzähliges Erscheinen.
Der Ortsgruppenleiter.

Alte Residenz
Freitag, 2. ds. Mts., abends 8 Uhr
Großer Kappenabend.

Das beste ist zum Eintopfgericht
la Hammelfleisch
fortwährend zu haben
Wilhelm Bübler, Metzgermeister

Inventur-Verkauf

Nur einige Beispiele:

Damen-Strümpfe	künstl. Waschseide . . . Paar	-75
Damen-Strümpfe	Flor mit Seide . . . Paar	-95
Damen-Strümpfe	Maco . . . Paar	-50
Herren-Oberhemden	3.50 2.90	1.90
Herren-Plüschhose	Gr. 6 Gr. 5 Gr. 4	2.25 1.95 1.75
Frottierhandtücher	schwere Ware	-48
Damaste / Leinen / Betttücher		
Woldecken / Inletts / Bettfedern		

besonders günstig.

SCHNEYER
Durlach.

Am Samstag, 3. Februar 1934, vormittags 10 Uhr lassen die Erben der Leopold Meier, Eheleute, durch das Notariat I. Durlach, das Grundstück Lq. Nr. 7147 = 12,48 Ar Ackerland im „Höngertal“ öffentlich versteigern.
Nähere Auskunft erteilt das Notariat.

Zwangsvorsteigerung.

Freitag, den 2. Februar 1934, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Durlach (Wandlokal) gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

1 Fahrrad, 1 Büffel, 1 Kreden, 1 Flechbieg- und Wollentmaschine, 1 Harmonium, 1 Bücherschrank, 1 Personenauto, bestimmt wird versteigert: 1 Posten Manufakturwaren.
Durlach, den 1. Februar 1934.
Jaum u. Moosbrugger, Gerichtsvollzieher.

Christes, fleißiges Mädchen

für Billenhaushalt tagsüber sofort gesucht Monatslohn 15 M.
Zu erfragen im Verlag
Ehrf. Frau
Dubrau
gelucht. Zu erfragen im Verlag
Trauerhüte stets vorrätig
ZILLY, Damenhüte, Ad. Hitlerstr. 61

Umzüge
übernimmt fachmännisch u. billig
Sander, Möbelschreiner
Bismarck 55 u. Leopoldstr. 3.

4 Zimmerwohnung
mit Bad u. Zubehör auf 1. April od. früher zu mieten gesucht.
Angebote unter Nr. 85 an den Verlag.

2-3 Zimmerwohnung m. Zubehör
Angebote unter Nr. 84 an den Verlag.

Leeres Zimmer
von solid. jg. Ehepaar zu mieten gesucht
Angebote unter Nr. 86 an den Verlag

Meine **Sprechstunden**
sind ab heute geändert und finden statt:
Morgens von 10-12 Uhr
Nachmittags von 4-6 Uhr
Dr. Zender, Adolf Hitlerstr. 32

Tanz-Schule Goldschmidt
Adolf Hitlerstr. 76 a
Kursbeginn Freitag, den 2. Februar, abends 7/8 Uhr. - Weitere Anmeldungen erwünscht.
Einzelunterricht jederzeit!

Der große Erfolg!
Heinrich Hayes
Clark Gable
Die weiße Schwester
Das Filmereignis
Vorher:
Dick und Do in
Harte Eier und Nüsse
FOX Woche
Skala

X Kohlen / Briketts X
werden im Haus Lammstraße 6 auf Scheine des Winterhilfswerks ausgeben, sowie sämtl. Brennmaterial.
Ludwig Kramb, Kohlenhandlung
Anb. Pina Mößlinger

Nordsee-Schellfische - Nordsee-Cabliau
Cabliau u. Rotbarschfilet - Rotzungen
grüne Heringe, frisch gewässerte Stockfische
junge Hähnen u. Suppenhühner
Marinaden u. Fischräucherwaren.
empfehlen
B. Gorenflo, Teichhau 55.

Gasherde Kohlenherde
Marke Homann u. Junker & Ruh
in großer Auswahl im Fachgeschäft
Melang & Steponath
Beachten Sie meine Fenster!
Stempel-Fabrikation
Stempeln in allen Farben
J. Widmann, Buch- u. Steindruckerei
Durlach, Mittelstr. 8, Fernruf 243

5 Zimmerwohnung
In schöner Lage d. Turmbergstraße ist eine sonnige, ruhige 5 Z. Wohnung mit Balkon u. Terrasse (weite Fernsicht) geräumiges Bad u. sonst. Zubehör auf 1. März oder 1. April zu vermieten.
Heinrich, Werberstraße 11.

Möbel die unnütz
umherstehen, verkaufe. - Sie bringen bares Geld.
Insrieren Sie im **Durlacher Tageblatt!**

Faschingstrubel schafft Verdruß
Ist dein Schuhwerk nicht im Schuß!
Schuhreparaturen
preiswert und gut.
Herrensohlen Mk. 2.40 Herren-Absätze 1.-, -.90
Damensohlen Mk. 1.70 Damen-Absätze -.70, -.60
genäht oder geklebt Mk. -.30 mehr
Verarbeitet wird nur la Qualität Kernleder.
Durlacher Schuhbesohl - Betrieb
Inh. Friedrich Schaible
Adolf Hitlerstraße 86.

2 Damen-Skianzüge
zu verkaufen
Türbachstraße 28

UGER
Frische Seefische
in Ia Qualität
feinste
Kabliau im ganz. 8 - .33
Steinforellen 8 - .40
ist Goldbarschfilet zum Einlegen
deutsche Vollheringe
groß Milchner 10 St. -.75
Fein-Marinaden
Dose von -.25 an

Eleganter schwarzer
Sakko-Anzug
fast neu, mittlere Figur billig zu verkaufen
Anzugeben
Bismarckstraße 12 a
Fast neuer, grauer
Anzug
für starke Figur, billig zu verkaufen
Anzugeben im Verlag
Neuer, schm. D. Blüschmantel Größe 50, i. A. billig zu verkaufen
Friedrichstr. 13, part.

Eier
Frische Deutsche
10 St. 1.05 M.
Enten-Eier 10 St. 1.08 M.
Kühl-Eier 10 St. -.88 M.
Ausland-Eier rote Dotter 10 St. 1.18 M.
P. Schach

2 elegante, schicke
Damen-Maschenköpfe
Gr. 44, äußerst billig z. verkaufen
Türbachstr. 16, I.

Deutsche Frisch-Eier
Stück 11 M. - 10 Stück 1.08 M.
Schenk, Feinkost

Pfannkuch
Eingetroffen direkt ab See
Frische Kabliau
im Ganzen 8 33 M.
Kabliau-Filet
frisch gewässerte
Stockfische 8 25 M.
Astrachan Zander
Paniermehl, Kapern
Zitronen
Eisbäcklinge 8 35 M.

Badisches Staatstheater
Donnerstag, 1. Februar
D 15 (Donnerstagniete)
Deutsche Bühne Sondernring (Th.-Gem.) 401-500
Zum vorletzten Male
Der große Tanagerfolg.
Tänze nach klassischer Musik
Choreographie und Leitung: Kratina. Dirigent: Kuntzsch.
1. Suite im alten Stil. 2. Tanz der Kurien und Schatten. 3. Symphonie. 4. Te profundis. 5. Nachtliche Szenen. 6. Johann Strauß-Tänze. 1. Wiener Donbosa. II. Pizzicato-Volka. III. Trilich-Trilich-Volka. IV. Wein, Wein, Gelang.
Mitwirkende: Tassjanze Ballett. Anf. 20 Uhr Ende gegen 22 Uhr
Breite A (0.50-3.30 M.)
Fr. 2. 2. Frach um Solanthe. Sa. 3. 2. Geschlossene Vorstellung für die deutsche Arbeitsfront: Der Waffenschmied von Worms. So. 4. 2. sarmevalinische Morgenveranstaltung. Volkstümliche Fastnachtsbräuche. Nachmittags: Krieg im Frieden. Abends: Neu einget. Ter Barber von Bagdad.

Breibank.
Morgen nachmittags ab 3 1/2 Uhr
schönes Schweinefleisch

Umpfropfungen
sowie Schnitt u. Ansichten von Bäumen, Baumbeurteilungen werden fachmännisch nach den Richtlinien der Kammer ausgeführt von **D. Fuhrmann**, Obstzüchter, Wiesenstr. 13

Abonnenten kauft bei unseren Inserenten!

Schafwolle
zum Waschen u. Schlumpen wird angenommen
Bismarckstraße 96.

Für Fastnacht!
Reizende
Dirndl- u. Trachtenstoffe
schwarzer Velvet-Samt,
einf. Satin usw.
Aug. Burkhardt
am Markt

Pfannkuch
und Rabatt